Nr. 147. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 27. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Mit dem 1. Juli 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den **„Vorwärts"** mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden **Unterhaltungsblatt** und der Sonntags-Beilage **„Die Neue Welt"**.

Im **Unterhaltungsblatt** wird **Zolas** Roman

„Arbeit"

weiter geführt. — Neu eintretende Abonnenten erhalten den bisher erschienenen Teil dieses Romans kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsspediteure, sowie **unsre Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts" in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7671.)

Im Auslande kann der „Vorwärts" gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 59 Oere in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oestreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Oere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 M. in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andren zum Weltpostverein gehörenden außereuropäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts" pro Monat **2 Mark** innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien und in Oestreich-Ungarn, im Ausland **3 Mark** pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Politische Krisenwirkungen.

I.

Der bestimmende Einfluß, den wirtschaftliche Verhältnisse auf die Geschichte ausüben, tritt niemals deutlicher hervor, als in den politischen Wirkungen der volkswirtschaftlichen Krisen.

Diese Wirkungen sind in den politischen Bewegungen in zwei Richtungen zu verfolgen. Gemeinsam ist diesen beiden Richtungen der kritische Zug gegen den Kapitalismus und vor allem gegen seine Spekulantenexcesse. Von der Krise hat immer und aus naheliegenden Gründen die Kritik ihren Ausgang genommen; wie diese beiden sprachlich dieselbe Wurzel haben, so sind sie auch historisch verwandt. Die kapitalistische Volkswirtschaft selbst erkennt, daß die Krise mit ihrem „See von Plagen", mit ihrer Entwertung der Kapitalien, mit ihrer Lähmung aller jüngst noch so blühenden, ja excessiven Unternehmungslust, mit ihrem Ruin so vieler Existenzen und der Not für die Enterbten, daß dieses Ungeheuer die Quittung und der Beweis der Planlosigkeit und des Unvermögens der kapitalistischen „Ordnung" ist. Aber die Art von Optimisten, die nur dem Augenblick die beste Seite abzugewinnen sich müht, ist bekanntlich im Lager der kapitalistischen Gelehrten sehr zahlreich; sie begnügen sich achselzuckend zu erklären, das Uebel der Krise sei eben in der Unvollkommenheit der menschlichen Natur begründet und unvermeidlich.

Nie hat sich der Menschengeist mit solchen Tröstungen abspeisen lassen, am allerwenigsten in diesem Falle, in dem alle mehr oder weniger das Uebel an ihrem eignen Leibe spüren. In den Jahren des Aufschwungs ist das Interesse an der Kritik der Volkswirtschaft gering, aber die Krise mit ihren erbitternden Wirkungen, mit ihren Enthüllungen von Schwindel und Schwelgerei auf der einen Seite und der Not der Massen und dem Ruin so vieler kleinerer Vermögen auf der andren Seite, stellt jenen Zustand von Interesse her, welcher der Kritik einen fruchtbaren Boden gewährt. Denn fruchtbar ist dieser Boden und fruchtbringend die ihm anvertraute kritische Saat. Die socialdemokratische Arbeiterbewegung ist ein Beweis dafür; denn sie ist hervorgegangen aus der Kritik der kapitalistischen Volkswirtschaft und ihrer Krisen im 19. Jahrhundert.

Die zwei Richtungen, welche diese Kritik nehmen muß, sind leicht erkennbar. Die kapitalistische Epoche trägt die Rudera vorangegangener Wirtschaftsverfassungen noch mit sich umher; sie muß in einem Staate, in einer Volkswirtschaft hausen mit agrarischen Landschaften oder Teilen, Ueberbleibseln von solchen, und bürgerlichen Kleinexistenzen, die nur mittelbar in den Kreis des kapitalistischen Großbetriebs gezogen werden. Diese rückständigen Klassen erheben sich auch kritisch gegen die kapitalistische Volkswirtschaft; aber nicht etwa, um über diese hinaus zu kommen, sondern hinter sie zurück. Ihre Kritik wird eine reaktionäre.

Anders die Arbeitermassen, welche in den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß unmittelbar verflochten sind. Auch sie und sie vor allem erheben sich zur Kritik der Krise und der Wirtschaft, deren trügerische Fülle nur der „Sturmvogel der Krise" ist. Auch sie sind ehe sie durch ihre großen Führer und Lehrer geschult wurden, dem Kapitalismus als Reaktionäre begegnet, indem sie Maschinen zertrümmerten und Fabriken zerstörten. Aber sie sind durch Karl Marx in den großen Gedanken des 19. Jahrhunderts, in den beherrschenden wissenschaftlichen Gedanken der „Evolution", der Entwicklung eingeführt. Sie kritisieren seitdem als Pioniere einer höheren Stufe der Wirtschaft, sie wollen über die kapitalistische Epoche hinauskommen.

Diese beiden, einander so ganz entgegengesetzten Richtungen der Kritik mögen in der Behandlung von Einzelheiten sich manchmal begegnen, wie in ihrem gemeinsamen Widerwillen gegen die Excesse des Kapitalismus. Aber es liegt auf der Hand, daß sie trotzdem entgegengesetzte Pole der Wirtschaft sind. Nur sorgt die kapitalistische Volkswirtschaft selbst dafür, daß dieser Gegensatz ihrer Kritiker aus der Welt verschwinde. Jeder Aufschwung bringt eine gewaltige Verschiebung der Erwerbsklassen zu Ungunsten der rückständigen. Die Industrialisierung der Bevölkerung hat bekanntlich in Deutschland in den letzten fünf fetten Jahren so erhebliche Fortschritte gemacht, daß der politische Einfluß rückständiger Klassen unmöglich dauern kann. In demselben Maße aber wächst die revolutionäre Kritik der kapitalistischen Epoche und ihrer immer neuen Katastrophen.

Die Krise der siebziger Jahre hat beiden Richtungen der an sie anknüpfenden Kritik große Erfolge gebracht. Damals wuchs die Socialdemokratie zu einer gefürchteten Partei. Damals aber entstanden auch jene Parteien, deren Ausläufer heute in Deutschland die Mehrheit im Reichstage haben.

Der Zusammenbruch der Gründerära begann zwar mit einer Entlarvung einiger konservativer „Gründlinge", des Fürsten Putbus, Oberstkruchseß des Königs, der jetzt wieder als Aufsichtsrat der Pommernbank am Krach beteiligt ist, und des „Kreuz-Zeitungs-Wagener". Aber Herr Lasker hatte in ein für seine Freunde fatales Wespennest gestochen, als er die beiden konservativen Gründer angriff. Die versprochenen weiteren Enthüllungen unterblieben, eine parlamentarische Untersuchung verlief im Dunkeln. Da traten Wortführer reaktionärer Klassen auf, und sie verfuhren gründlich. Eine Reihe von Schriftstellern eröffnete eine äußerst wirksame Attacke gegen die Gründerei, gegen die „liberalen" Kapitalisten und gegen die liberale Aera, deren Gesetzgebung nicht ganz mit Unrecht für die Excesse der Gründerei verantwortlich gemacht wurde. Hatte doch Herr v. Miquel der als Intimer der „Staatsbürger-Zeitung" aus dem Amte gegangen ist, bei der Beratung des Aktiengesetzes im Jahre 1870 den Antrag gestellt, daß dem Aufsichtsrat gestattet sein sollte, straflos durch Verbreitung falscher Nachrichten das Publikum übers Ohr zu hauen! Der Antrag wurde zwar zurückgezogen, aber er gehört auch zu den Personalien des vielseitigen Mannes, der aus der alten Wuchererstadt Cahors stammend, nach einer so glänzenden kapitalischen Carriere noch eine feudale Amtslaufbahn zu stande gebracht hat.

Es traf sich, daß die liberale Aera auch mit den Klerikalen angebunden und durch die unglaubliche Thorheit des Kulturkampfes die geistigen und ökonomischen Kräfte des Katholizismus gewaltsam zusammengeschweißt hatte. Kein Wunder, daß sich in der Reaktion gegen jene Aera bald die konservativ-klerikale Koalition zusammenfand. Und wenn sich die Beteiligten inzwischen auch mannigfach gemausert haben, wenn die Taktik von Windthorst die Koalition vorübergehend sprengte — thatsächlich ist die agrar-klerikale Mehrheit im Reichstag in ihrer Abstammung direkt zurück zu verfolgen auf die reaktionäre Erhebung gegen die kapitalistische liberale Aera und ihre Gründerausschreitungen. Die agrarische Kohorte umfaßt genau diejenigen Klassen und sogar die einzelnen Männer, die gegen Ende der siebziger Jahre durch Stöcker mobil gemacht sind. Die Agrarier ernten die Saaten Stöckers, die selber einzuheimsen dem letzteren nicht möglich war, weil er im Grunde eine unpolitische Halbnatur ist, im Streit zwischen Hofamt und Demagogie ersteres vorzog und darum mit Recht beide verlor.

Der typische Vertreter der rückständigen Kritik des Kapitalismus aus jener Zeit nach dem siebziger Krach ist Otto Glagau. Seine Schriften über die Gründer-Aera zeichnen sich durch große Sorgfalt in der Auswahl und Darstellung des Materials und der Thatsachen aus; sie werden in dieser Hinsicht jedem Historiker als Quelle unentbehrlich sein. Aber so sorgfältig die Darstellung der Thatsachen ist, so beschränkt ist Glagaus Urteil. Ihm ist, wie seinem Gesinnungsgenossen Dr. Perrot, die Aktie und die Gründung selbst ein Greuel, und wer als Gründer, Direktor oder Aufsichtsrat in den Listen des Handelsrichters stand, war ihm ein „Gründer" und gehörte an den Pranger.

Von dieser reaktionären Kritik aus ging die antikapitalistische und antisemitische Welle, die für den Agrarstaat und die Zunft eintrat und Börse und Aktie auf den Tod haßte. Schritt um Schritt ist bis in die letzte Zeit die Börse von dieser Welle eingeengt worden. Das Börsenregister, der Spieleinwand und andre Dinge sind auf jene Reaktion gegen die Gründer-Aera ebenso zurückzuführen, wie einige sehr berechtigte Kautelen gegen Schwindel und Betrug.

Seit Jahren hat diese Reaktion das Heft in der Hand. Aber alle ihre Maßregeln haben nicht vermocht, das Schwergewicht der Entwicklung außer Wirkung zu setzen. Wie vor 28 Jahren nach einer „liberalen" Aera, so stellt sich jetzt unter einer agrar-klerikalen Aera der Krach ein, und die Unternehmungen waren unter dieser Aera so excessiv wie unter jener. In den drei großen Gründerjahren 1871, 1872 und 1873 wurden in Deutschland 928 Aktiengesellschaften mit 2 Milliarden 780½ Millionen Mark Kapital gegründet. 1878 fiel die Ziffer eines Jahrs auf 42 kleine Gesellschaften mit nur 13¼ Millionen Kapital. Von 1895 bis 1900 sind 1551 Gesellschaften mit 2 Milliarden 246 Millionen gegründet. Man muß beim Vergleich der Ziffern berücksichtigen, daß sich der Eisenbahnbau während der früheren Gründer-Aera in den Händen des Privatkapitals befand, während er jetzt nur in Form von Staatsanleihen an die Börse kommt.

Wohl macht die agrarische Kohorte auch jetzt kleine Anläufe, um mit ihrer Art von Kritik die Krisenvorgänge zu behandeln. Aber sie ist lendenlahm. Ihre politischen Verbündeten aus der Industrie hängen ihr an den Rockschößen. Umsonst versucht sie zween Herren zu dienen, mit den Kohlenwucherern Politik, Zölle, anti-sociale Gesetze zu machen und den Kohlenwucher zu bekämpfen. Die reaktionäre Kritik ist matt und kraftlos. Um so energischer wird die socialistische Kritik geführt werden, die heute mit ganz andren Waffen bereit steht, um die kapitalistische Erwerbsverfassung des Wahnsinns einer Anarchie zu überführen, die ihre planlose Wirtschaft, ihr Schwanken zwischen Schwindel und Krach den Menschen als die beste aller möglichen Welten und als heilige Ordnung aufbinden möchte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni.

Frieden mit den Boeren?

Abermals taucht das Gerücht auf, daß England seinen Frieden mit den Boeren machen wolle und daß Deutschland dabei eine Art Vermittlerrolle spielen werde.

Die „Volks-Ztg." erfährt von einer der Brüsseler Transvaalgesandtschaft nahestehenden Seite,

daß gegenwärtig wichtige, der unmittelbaren Lösung harrende Fragen in Sachen des südafrikanischen Kriegs den Transvaalgesandten Leyds, sowie die übrigen Mitglieder des Boerenkomitees derart beschäftigen, daß Leyds vor der Hand keinerlei Besuche empfängt und fortgesetzt regen Depeschenwechsel mit den kämpfenden Boerenkommandanten unterhält. Entgegen gegenteiligen Meldungen wird bestimmt versichert, **daß Graf Bülow heute eine boerenfreundlichere Stellung einnimmt.** Jedenfalls dürften die nächsten Tage bereits wichtige Entschlüsse zur Reife bringen.

Wir haben schon kürzlich, als ein aus Hofkreisen gespeistes Journal eine ähnliche Meldung brachte, darauf hingewiesen, daß es für eine nach müheloser Popularität strebende Regierung gar nicht so unwahrscheinlich sei, daß sie in einem Augenblick zu Gunsten des Friedensschlusses interveniert, wo solch Thun gänzlich verantwortungslos sei. Heute für den Frieden agitieren, wo man bisher für die Boeren nur verletzende Abweisungen und für England die wärmsten Sympathiekundgebungen zur Verfügung hat, das wäre ein Verfahren, das auf denkende Beurteiler den entgegengesetzten Eindruck machen muß, wie den, welchen man beabsichtigt.

Als es noch möglich war, daß die Großmächte wenigstens durch den Versuch einer Intervention dieser ungeheuerlichen Ausrottung eines kleinen Volks durch eine gewaltige Uebermacht ein Ende machten, verteidigte das Diplomatentum mit ängstlichen Mienen und wichtigthuerischer Geheimniskrämerei den Grundsatz strikter Nichteinmischung, der allerdings zu Gunsten des Stärkeren wiederholt durchbrochen wurde.

Jetzt ist die entsetzliche Schandthat, dieser ruchlose Frevel, der als Brandmal auf unsrer militärisch-kapitalistischen Barbarei haftet, im wesentlichen vollendet. Transvaal ist in eine Wüstenei verwandelt, die Männer zum großen Teil getötet und zu Krüppeln geschossen, die Familien von ihrem Hof vertrieben, schmählich mißhandelt, einem unheilbaren Siechtum überliefert. Heute ist es der starke Sieger, der an dem Verzweiflungskampf derer, die nichts mehr zu verlieren haben, zu verbluten droht. England — darauf deuten alle Zeichen hin — bedarf des Friedens, und wenn jetzt eine andre Macht den Frieden vermittelt, so hat sie sich damit in erster Linie den britischen Dank verdient. Wir wünschen die Beendigung des niederträchtigsten Kriegs, den die neuere Geschichte kennt, aber es ist keinerlei Verdienst darin, wenn die Großmächte jetzt intervenieren. Gegenwärtig ist das mehr eine Hilfsaktion für England als für die Boeren.

Der Boerenkrieg wie der chinesische Feldzug haben die Blöße der kapitalistischen Scheinkultur unbarmherzig aufgedeckt, die Civilisation liegt blutend am Boden, ein paar verspätete elegante Friedensworte und Versöhnungsbemühungen löschen die Schuld nicht aus, und auch nicht die Mitschuld des zu allem Guten ohnmächtigen waffenklirrenden Europa. Wir ersehnen schnellen Frieden, aber es ist kein Anlaß, um darob in dankbarem Jubel auf die Knie zu fallen.

Die „Kölnische Zeitung" pfeift einstweilen noch das alte schrille Offiziösen-Lied, das man zur Zeit des Nichtempfangs Krügers anstimmte. Sie erläßt folgenden Ukas:

„Mit Rücksicht darauf, daß neuerdings zwei unbekannte, angeblich in einem Kölner Gasthof abgestiegene Herren versucht haben, ohne Unterschrift, lediglich mit der Unterzeichnung „Das provisorische Komitee" eine Anzeige zu veröffentlichen, worin alle Boerenfreunde aufgefordert wurden, zu einer Versammlung zwecks Beratung der dem Präsidenten Krüger bei einer demnächstigen Durchreise durch Köln darzubringenden Ovationen zu erscheinen, da es jetzt endgültig feststehe, daß unser Kaiser den Präsidenten Krüger in der nächsten Zeit empfangen werde, haben wir uns veranlaßt gesehen, nochmals an maßgebender Stelle über den Sachverhalt Erkundigungen einzuziehen. Auf Grund derselben können wir mit aller Bestimmtheit versichern, daß ein Empfang des Präsidenten Krüger durch den deutschen Kaiser nicht in Aussicht genommen ist. Es handelt sich bei jenen Ausstreuungen offenbar um eine **Wühlarbeit mit namenlosem, vermutlich ausländischem Ursprung.**"

Die „Kölnische Ztg." kann auch anders! Wenn es demnächst doch zur Wahrheit werden sollte, daß Deutschland in der populären Rolle des „Friedensvermittlers" glänzen möchte, so wird das Blatt das erste sein, das die unermeßliche Güte und Weisheit der Regierung preist. Güte und Weisheit wird dann sein, was heute als ausländische Wühlarbeit gelästert wird.

Der Bankbruch.

Es wird alles aufgeboten, um die Folgen des Leipziger Krachs einzuschränken; allerdings haben die Berliner Großbanken es abgelehnt, die Leipziger Bank zu stützen. Ein Leipziger Blatt macht dies Verhalten den „Berliner Juden" zum Vorwurf und spricht sogar davon, daß sich der Direktor des alten Leipziger Geldinstituts dazu erniedrigt habe, die Berliner Finanz um Hilfe anzugehen. In der That, eine unerträgliche Demütigung für eine Verwaltung, die ihre Depositäre und Aktionäre auf die frivolste Weise hintergangen hat! In Wahrheit muß es den Berliner Banken als ein Verdienst angerechnet werden, daß sie wenigstens nicht so wahnsinnig handeln, dem Trebertrockschwindel das Leben retten zu wollen, was sie nicht einmal könnten, wenn sie es auch möchten, denn bei ihnen allen liegt der Knüppel beim Hunde.

Als die Berliner Hilfe versagte, hoffte man noch auf die sächsische Regierung. Es scheint in der That, daß die letztere wenigstens mit dem Plane umgeht, einzugreifen. Die sächsischen Staatsfinanzen sind nicht nur indirekt, sondern auch direkt an dem Leipziger Bankrott interessiert, weil die Kasse der Staatslotterie für 10 Millionen Mark Wechsel der Leipziger Bank im Besitz hat. Auch die Sächsische Bank (Notenbank) ist beteiligt.

In Dresden hat sich das erwachte Mißtrauen der Bankgläubiger besonders gegen die Dresdener Bank gerichtet, die schon lange und besonders seit ihrer letzten Bilanz als diejenige Großbank bekannt ist, welche am leichtesten Kredit gewährte und ihre Mittel am meisten festgelegt hat. Wie uns aus Dresden mitgeteilt wird, hatte die Dresdener Bank am Dienstag einen Sturmlauf ihrer Gläubiger zu bestehen. Die Bank zahlte aber ohne Umstände alle Forderungen aus und ließ das Geschäftslokal sogar bis 7 Uhr abends offen. Auch bei der Bankierfirma Günther u. Rudolf wurden Einlagen zurückgezogen. Den Sparkassen fließen dagegen Einlagen zu.

Die Nachrichten über die Wirkungen des Bankrotts fließen übrigens äußerst spärlich. Wolffs Bureau bringt nur wenige Nachrichten, meist ohne Belang. Ueber die Wirkung in den Provinzstädten des Königreichs Sachsen, in denen die Leipziger Bank Filialen oder Kommanditen unterhält, ist noch nichts bekannt.

Auch den Sturm auf die Dresdener Bank verschweigt das „Bureau Wolff". Dagegen verbreitet es eine geradezu alberne Nachricht aus Cassel, wo der Aufsichtsrat der Trebertrocknung eine Nachsitzung abgehalten hat, bei der weiter nichts zu stande gebracht ist, als ein Beschluß, eine Uebersicht aller Schulden zu Wege zu bringen; das soll einige Tage in Anspruch nehmen und dann will der famose Aufsichtsrat weiter sehen. Die Herren markieren ein sehr ruhiges Gemüt; innerlich sieht's anders aus; es würde uns nicht wundern, wenn dieser und der die paar Tage, die zur Klarlegung erforderlich sind, benutzte, um auf eine längere Sommerreise zu gehen. Denn der Trebertrocknungs-Schwindel ist für die Gerichte reif. Man muß sich wundern, daß die Staatsanwaltschaften in Leipzig und Kassel sich der Dinge noch nicht angenommen zu haben scheinen, obwohl jahrelang betriebene dreiste Täuschungen nachgewiesen sind.

Der Aufsichtsrat der Trebertrocknung besteht aus folgenden Personen: Rittergutsbesitzer Hermann Sumpf-Kassel, Vorsitzender, Fabrikant R. Schlegel-Guxhagen, Rittergutsbesitzer Arnold Sumpf-Greifswald, Kaufmann F. E. Otto-Dortmund und Rittergutsbesitzer Th. Schulze-Dellwig-Aplerbeck. Diese Körperschaft, die berufen war, über die kompliziertesten Unternehmungen in aller Herren Länder zu wachen, besteht also zu drei Fünfteln aus Rittergutsbesitzern.

Dem Aufsichtsrat der Leipziger Bank gehören die reichsten Finanzfirmen Leipzigs an: Stadtrat und Konsul Heinrich Dodel, Vorsitzender; Georg Schröder, stellvertretender Vorsitzender; Kammerrat und Stadtverordnetenvorsteher Alex. Mayer; Fel. Schaeffer; Generalkonsul Wilhelm Wölker; Alfred Börster; F. L. Willens, sämtlich in Leipzig, und Dr. O. Fiebiger in Dresden.

Selbstverständlich sind diese meisten Herren regreßpflichtig, aber es ist bezeichnend genug, daß man auf die Ergebnisse der Regreßklagen so wenig giebt, daß man sie erst gar nicht in Rechnung zieht. Wir haben ja in der Behandlung der Regreßpflicht der Erben des Baron Cohn bei den Sandenbanken gesehen, wie gelind die Dinge schließlich ausfallen.

Aus Leipzig wird vom Mittwoch gemeldet:

„Die Aufregung in der Stadt dauert noch fort, bei allen größeren Bankinstituten herrscht großer Zulauf der Gläubiger, welche Depots abheben, doch glaubte man heute ein geringes Nachlassen dieser Bewegung zu verspüren. Auch ist die öffentliche Meinung über die Frage, ob etwa weitere hiesige Institute dem Sturze der Leipziger Bank folgen könnten, einigermaßen geklärt; außer der Leipziger Hypothekenbank hat auch die Kredit- und Sparbank eine entsprechende Erklärung veröffentlicht. Das Ergebnis der seit heute mittag andauernden Beratungen der Hauptgläubiger der Leipziger Bank war bis drei Uhr nachmittags noch nicht bekannt, doch hegt man keine Hoffnungen mehr auf eine Intervention irgend welcher Art."

Ueber die Wirkungen des Bankkrachs auf die Berliner Großbanken ist Genaues nicht bekannt. Mehrere große Finanzfirmen sind mit Millionen beteiligt. Die Firma von der Heydt war in den Verdacht großer Verluste gekommen, hat aber ihre Wechsel am Mittwoch prompt reguliert; man sagt, daß ihr dazu allerdings außerordentliche Hilfe zu statten gekommen sei.

Die mit der Börse in Fühlung stehende Presse giebt sich begreiflicherweise die größte Mühe zu „beruhigen". Das „Berliner Tageblatt" hat sich von der jüngst erlittenen Abfuhr sogar so weit erholt, daß es die eklatante Genugthuung, die eine Marxsche Lehre erfährt, wie wir gestern kurz andeuteten, uns gegenüber zu bestreiten wagt. Dabei passiert es Herrn Schmock, die „allgemeine" Krise zu leugnen. Offenbar wissen diese glänzenden Oekonomisten immer noch nicht, was eine „allgemeine", eine die Produktion lähmende und alle Zweige der Wirtschaft ergreifende Krise ist.

Der Beschwichtigungsrat des „Berliner Tageblatt" giebt sich die größte Mühe zu erweisen, daß es sich in den Krisenvorgängen nur um den Zusammenbruch von schwindelhaften, betrügerischen Einzelunternehmungen handle. Das ist um so lächerlicher, als der Handelsteil des „Berl. Tagebl." seit Monaten die zahlreichen kritischen Vorgänge mitgeteilt und einigermaßen redlich erörtert hat, welche das Vorhandensein einer allgemeinen, einer Produktionskrise längst offenbart haben. Daß unter solchen Verhältnissen des Marktes der wahnsinnige Schwindel zuerst zusammenbricht, ist klar. Aber weiß nicht jedermann, daß unsre Großbanken insgesamt im „Aufschwung" der Ueberspekulation gehuldigt haben? Und darin liegt das Wesen der Krise, daß die übertriebene Anlage und die Kreditüberspannung die Grundlagen der Wirtschaft zerrüttet haben. Es existiert in Berlin keine einzige Großbank, die in der Lage wäre, einen wirklichen Run ihrer Gläubiger auszuhalten. Diesen Zustand geschaffen zu haben ist auch ein schwerer Vorwurf und dieser Vorwurf trifft das System; diese Uebergänge von scheinbarer Ueberfülle zum elendesten Bankrott sind die immanente Eigentümlichkeit und die schlimmste Schwäche des kapitalistischen Systems.

*

Aus Leipzig wird vom Mittwochabend gemeldet:

Die an der Berliner Börse herrschende Meinung, die sächsische Regierung beabsichtigte aus Anlaß der jüngsten Bankkatastrophen eine Hilfsaktion, scheint sich nicht zu bestätigen; in hiesigen maßgebenden Kreisen ist davon nichts bekannt. Die Leipziger Bank wird heute abend noch beim Amtsgericht Leipzig Konkurs anmelden, doch bleibt die Entschließung des Konkursrichters noch abzuwarten.

Leipzig, 26. Juni. (W. T. B.) In der heute mittag im Gebäude der Leipziger Bank abgehaltenen Versammlung der Hauptgläubiger, an welcher Vertreter der Reichsbank, der Sächsischen Bank, sowie verschiedener Leipziger und auswärtiger Häuser und Banken teilnahmen, stellte sich als unmöglich heraus, ein Moratorium sämtlicher Gläubiger herbeizuführen, so daß die Konkursanmeldung gesetzlich geboten erschien. Nach dem en bloc aufgestellten Status der Bank hat dieselbe an Verbindlichkeiten circa 29 000 000 M. Accepte, 24 000 000 M. Depositen- und Checkkonto, sowie 39 000 000 M. Kreditoren, zusammen etwa 92 Millionen Mark. Demgegenüber stehen an Aktiven circa 26½ Millionen Mark Wechsel, wovon 10 000 000 bei Staatsanstalten gegen Depositen ruhen, ferner 5½ Millionen Mark Effekten, 2 Millionen Mark Kasse, 111½ Millionen Mark Debitoren, 4½ Millionen Mark Pfänder, 7 Millionen Mark Konsortialbestände und 2½ Millionen M. freier Wert des Bankgebäudes, zusammen circa 159½ Millionen Mark. Wenn alle Aktiven vollständig eingehen sollten, so würden nach Berechnung der Direktion 67 Millionen Mark für die Aktionäre vorhanden sein. Es kommt aber vor allem darauf an, welche Verluste für die Leipziger Bank bei der Realisierung ihrer etwa **achtzig Millionen Mark** betragenden **Engagements** mit der **Aktiengesellschaft für Trebertrocknung** in Kassel und der ihrer Gruppe angehörenden inländischen und ausländischen Gesellschaften und Firmen entstehen.

Die Engagements bestehen laut Bericht der Direktion zum Teil in Debitoren, Pfändern, Wechseln und Konsortialbeteiligungen, zum Teil auch in Vorschüssen, welche gegen Sicherheit verschiedenster Art, so gegen Bürgschaft, an Mitglieder des Aufsichtsrats und der Direktion der Kasseler Gesellschaft gegeben wurden. Die Berichte, die der Vorstand der Bank, ferner die Aufsichtsratsmitglieder Georg Schröder, Kammerrat Fritz Mayer und Generalkonsul W. Wölker über ihre persönlichen, zum Teil im Auslande gewonnenen Erfahrungen über die Aktiengesellschaft für Trebertrocknung erstatteten, suchten nachzuweisen, daß im Interesse der Aktionäre behufs Erzielung einer möglichst hohen Quote das Kasseler Unternehmen in irgend einer Form erhalten bleiben müsse.

*

Hypothekenbanken.

Die Leipziger Hypothekenbank, die mit der Leipziger Bank in Verbindung steht, veröffentlicht eine Darstellung der Verhältnisse zwischen ihrem Pfandbriefumlauf und den zu seiner Deckung vorhandenen Hypotheken. Danach sind 86 242 500 M. wirklich umlaufende Pfandbriefe durch mehr als 92 Millionen Mark Hypotheken gedeckt. Die Zinszahlung zum Juli ist gesichert. Welche Verluste die Bank erleidet, wird nicht gesagt.

In diesen Tagen ist auch das Ergebnis der staatlichen Revision der Pommerschen Hypothekenbank im „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht worden. Die Mitteilung belegt im einzelnen das schon früher bekannt gewordene Ergebnis, daß zwar Hypotheken vorhanden sind, die auf Uebertaxat beruhen, daß aber die Pfandbriefe nichts zu befürchten haben. Wir haben bekanntlich von Anfang an in dem Falle der Pommernbank diese Ansicht vertreten.

* * *

Deutsches Reich.

Der Sündenbock.

Herr v. Woedtke, der jetzt mit einem unpolitischen Amt abgefunden werden soll, ist, wie man längst vermutete und wie die „Freis. Ztg." besonders betont, in keiner Weise durch die 12 000 Mark-Affaire belastet. Das betreffende Schreiben ist nicht von Herrn v. Woedtke, sondern von Herrn v. Posadowsky selbst unterzeichnet worden. Wäre seitdem Herr v. Woedtke einmal im Reichstag erschienen, so würde er provoziert worden sein, dies klar zu stellen. Eben deshalb war es Herrn v. Woedtke von seinem Chef untersagt worden, im Reichstage wie sonst zu erscheinen. So verhält es sich also in Wahrheit damit.

Auch der Berliner Vertreter der „Frankf. Ztg." erklärt, daß Herr v. Woedtke bei der 12 000 Mk.-Affaire als Sündenbock gedient habe. Man habe eigentlich erwartet, daß er gelegentlich zu einer höheren Stellung befördert und dadurch entschädigt werden würde. Statt dessen gehe er mit der Ernennung zum Präsidenten des neuen Reichsamts für das private Versicherungswesen definitiv in eine unpolitische Stellung über. „Besonders beliebt war der eifrige Mann nicht. Das hindert aber nicht, anzuerkennen, daß er schweigend die Schuld eines Höheren auf sich genommen hat und trägt. So denkt man auch in den Kreisen der höheren Beamten und seiner Kollegen und man denkt im Zusammenhang damit noch manches andre."

Und nun erinnere man sich jener offiziellen Erklärung, die unmittelbar nach der Enthüllung des schmählichen Handels abgegeben wurde. Am 25. Oktober 1900 schrieb die „Berliner Korrespondenz" wörtlich:

„Auf Anordnung und durch Vermittelung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. v. Woedtke, hat der Generalsekretär eine Summe von 12 000 M. zur Verfügung gestellt.

Welche Ehrbegriffe müssen in den höheren Kreisen herrschen, wenn derart ein Unschuldiger für den Schuldigen unterschoben wird? Damals wurde ja sogar ein Alibi für Posadowsky fabriziert, von dem behauptet wurde, er sei zur kritischen Zeit in England gewesen. Uebrigens wurde in jener Auslassung der ministeriellen Korrespondenz noch erklärt, daß der „genannte Beamte", also Herr v. Woedtke, die „urkundlichen Belege" für die Verwendung der Summe besitzt. Ist es wahr, daß Herr v. Woedtke in keiner Weise durch den immer noch dunklen Handel belastet sei, so war auch jene Angabe des ministeriellen Organs falsch und nicht bei Herrn v. Woedtke, sondern beim Grafen Posadowsky wären die urkundlichen Belege zu suchen und vermutlich auch zu finden. Was soll man unter solchen Umständen noch glauben?

Daß die Angelegenheit zu keiner Klarheit gediehen ist, das ist in erster Linie die Schuld der Freisinnigen, die heute den Fall wieder aufrühren. Auch sie haben gegen die von uns beantragte parlamentarische Untersuchung gestimmt. So ist heute noch jeder Vermutung und jedem Argwohn Thür und Thor geöffnet — nicht zum Vorteil der Regierungsautorität. —

Preußische Finanzen. Bei dem am 15. d. M. vorgenommenen Endabschluß der preußischen Generalstaatskasse dürfte sich der wirkliche Ueberschuß des Rechnungsjahres 1900 um etwas niedriger gestellt haben als der Ueberschuß des Vorjahrs, und auch wie dieser Ueberschuß bei der Vorlegung des Staatshaushalts für das laufende Jahr im Januar d. J. geschätzt wurde. Der Grund liegt nach den „B. P. N." vornehmlich darin, daß der Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung zum Teil infolge der Sistierung der Verkäufe von Altmaterialien im Winter dieses Jahres sowohl hinter dem vorjährigen Ueberschuß als der jener Schätzung zu Grunde liegenden vorläufigen überschläglichen Ermittelung zurückgeblieben ist. —

Die Notstandsaktion. Nach den „B. P. N." wird angenommen, daß der Betrag, welchen der Staat zur sofortigen Linderung des Notstands in den neulich von den Ministern besuchten östlichen Provinzen zur Verfügung zu stellen haben wird, sich auf etwa 7—8 Millionen Mark belaufen dürfte. —

Eine köstliche Entdeckung in der Socialdemokratie hat die „Post" gemacht. Sie schreibt zum Zolltarif-Gesetzentwurf:

„Uebrigens ist die Socialdemokratie in ihrem Agitationseifer gegen die Kornzölle recht lahm geworden. Die Erkenntnis, daß der wirtschaftliche Niedergang durch den Einfluß der Preisunterbietungen mit fremden Waren bewirkt wird, ringt sich immer mehr durch und erzieht allmählich auch die Socialdemokratie zu einem schutzzollfreundlichen Standpunkte. Bedauerlich ist es freilich, daß die Not sie erst zur Erkenntnis der Wahrheit reif zu machen vermochte, während in den Tagen der blühenden Rosen jeder Hinweis auf die segenspendende Bedeutung eines nationalen Grenzschutzes wirkungslos verhallte."

Wir bedauern, das Lob der „Post" nicht zu verdienen. Den Herren Kapitalisten und Großgrundbesitzern, die durch Schutzzölle möglichst hohe Preise für ihre Waren einstreichen, dürfte der „schutzzöllnerische Standpunkt", zu dem sich die Socialdemokratie „durchringt", noch ebenso unangenehm werden wie die „recht lahme" socialdemokratische Agitation.

Dem Kapitalisten ist es bekömmlich, wenn er seine Produkte dem deutschen Arbeiter teuer verkauft, um sie im Ausland billig verschleudern zu können. Nicht aber dem Arbeiter. Der Wahnwitz internationaler Preisüberbietungen fordert mehr als irgend ein andres Uebel heraus zur Beseitigung des Schutzzolls. —

Die Reichstags-Ersatzwahl im Kreise Duisburg-Mülheim-Ruhrort.

Aus dem Industriebezirk wird uns geschrieben:

Die Wahlbewegung kommt langsam in Fluß. Der konservativ-nationalliberale Kuddelmuddel-Kandidat Herr Dr. Beumer hielt in einer am Sonnabend in Duisburg stattgehabten Versammlung seine Programmrede. Die Versammlung war gut besucht, allerdings repräsentieren Wahlkomitee und Vertrauensleute, die wohl sämtlich zur Stelle waren, allein schon die stattliche Zahl von 500 Personen. Herr Dr. Beumer sprach sich für eine entsprechende Erhöhung der Getreidezölle, bei langfristigen Handelsverträgen aus. Ein langes und breites redete Herr Dr. Beumer von dem notwendigen Schutz der Arbeit; über die Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Arbeiter schwieg er sich natürlich aus. Daß man ihn als bezahlten Agitator bezeichnete, hat Herrn Dr. Beumer offenbar sehr gekränkt, obwohl es ja ein von ihm selbst gemünztes Wort ist. Daß er, so meint er, für seine Thätigkeit beim Verein der Großindustriellen bezahlt werde, könne ihm doch nicht zum Vorwurf gemacht werden. Es komme doch darauf an, ob man dabei seine wirkliche innere Ueberzeugung vertrete. Stimmt! Will Herr Dr. Beumer etwa dann den Angestellten der socialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die er durch das von ihm gemünzte Wort zu mißkreditieren suchte, die innere ehrliche Ueberzeugung absprechen? Mit Entschiedenheit eintreten will Herr Dr. Beumer für Erhaltung eines starken schlagfertigen Heeres und einer Marine, die im stande sei, unsren englischen Freunden ernste Kopfschmerzen zu machen.

Diskussion war nicht gestattet. Eine Anfrage über seine Stellung zur Diätenfrage beantwortete Herr Dr. Beumer dahin, er betrachte die Thätigkeit eines Reichstags-Abgeordneten als eine ehrenamtliche, für die Diäten nicht zu zahlen seien.

In einem durch Maueranschläge und die Lokalpresse verbreiteten, mit einer größeren Anzahl von Unterschriften versehenen Aufruf zu Gunsten des Dr. Beumer, wird letzterer den Arbeitern sogar als Socialpolitiker empfohlen! Auch die Namen von zwei Arbeitern, eines Fabrik- und eines Bergarbeiters, finden sich unter dem Aufruf. Renommierarbeiter!

Interessant ist die Mitteilung der „Rh. Westf. Ztg.", daß Verhandlungen wegen Uebernahme der Kandidatur mit Herrn Oberbürgermeister Lehr stattgefunden haben, der seine Zusage jedoch von der Bedingung abhängig machte, daß auch das Centrum ihm das Mandat antrage. Ein konservativ-centrümlich-nationalliberaler Kandidat wäre eine ebenso neue wie interessante Erscheinung gewesen.

Unsrerseits wurde der Wahlkampf mit einem am Sonntagvormittag in 75 000 Exemplaren verbreiteten Flugblatt eingeleitet. Am Sonnabendabend fand in Mülheim a. d. R., am Sonntagabend in Duisburg eine Wählerversammlung statt. In beiden Versammlungen sprachen der Kandidat des Kreises Genosse Hengsbach und Genosse Hofrichter-Köln.

Die Versammlung in Duisburg tagte in demselben Lokale, in dem am Abend vorher die nationalliberale Versammlung stattgefunden hatte. Trotz des Schützenfestes war dieselbe sehr stark besucht, der große, an 1000 Personen fassende Saal bis auf das letzte Plätzchen besetzt. Zunächst sprach Hofrichter-Köln, der, oft von Beifall unterbrochen, die politische Lage schilderte, den Zickzackkurs kritisierte, eine gründliche Abrechnung mit Nationalliberalen und Centrum vornahm, sich eingehend mit Herrn Dr. Beumer und seiner Programm-Rede beschäftigte und mit einer Empfehlung des Kandidaten der Socialdemokratie schloß.

Genosse Hengsbach, mit demonstrativem Beifall empfangen, beschäftigte sich mit dem Brotwucher, der keineswegs, wie Herr Dr. Beumer meine, ein Schlagwort sei. Die Brotpreisfrage sei für den Arbeiter eine Lebensfrage. Gegen den Brotwucher müsse vor allem die Arbeiterschaft ebenso einheitlich ihre Stimmen erheben, wie seiner Zeit gegen die Zuchthausvorlage. Die beste Gelegenheit biete den Arbeitern dieses Kreises die am 25. Juli stattfindende Wahl.

In der Diskussion sprach zunächst ein Anhänger der nationalliberalen Partei, der die Socialdemokratie im Reichstage für notwendig erklärte, die Bildungsfreundlichkeit seiner Partei im Gegensatz zum Centrum pries und schließlich ein Loblied auf den Oberbürgermeister Lehr sang.

Dann sprach ein Anhänger der Centrumspartei, der erklärte, den Darlegungen der beiden socialdemokratischen Redner im allgemeinen, und zu seinem Bedauern müsse er es gestehen, auch der am Centrum geübten Kritik zuzustimmen. Dann suchte er nachzuweisen, daß dem Centrum auf socialpolitischem Gebiete vieles zu danken sei, und die Socialdemokratie bei der zu erwartenden Stichwahl daher für das Centrum einzutreten habe.

Beide Diskussionsredner erhielten die gebührende Antwort. Was die Socialdemokratie bei der Stichwahl thun werde, werde zur gegebenen Zeit entschieden werden, auf keinen Fall könne sie sich für einen Brotwucherer entscheiden.

Eine Resolution, die den Kandidaten der Socialdemokratie als den für die Arbeiterschaft als einzig in Frage kommenden bezeichnet und zur Agitation für seine Wahl mit allen Kräften auffordert, wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie wurde die Versammlung, die um 8 Uhr begonnen hatte, gegen 12 Uhr geschlossen.

Der Gumbinner Militärprozeß. Wie die „Preußisch-Littauische Zeitung" vom Oberkriegsgericht in Königsberg erfährt, kann zur Zeit noch nicht festgestellt werden, wann die Verhandlung des Oberkriegsgerichts in Sachen Marten-Hickel stattfindet. Die Meldung, daß das Oberkriegsgericht in Insterburg tagen werde, erscheine unbegründet.

Hickel ist immer noch nicht freigelassen! —

Internationale Konferenz für Revision des Kriegsrechts.

Die Genfer Konvention vom Jahre 1864 strebte eine Vermeidung von Härten im Kriege an, die für den Kriegszweck selbst unnötig sind; außerdem befaßte sie sich mit dem Schutz der Verwundeten. Die Bestimmungen der Konvention sind längst als unzureichend selbst für ihren nur so beschränkten Zweck

erkannt worden. Aber der internationale Militarismus vermochte sich nicht zu einer Reform auf diesem Gebiete zu erheben, da er zu viel mit Erfindung neuer Massenmordwaffen und mit ihrer Bethätigung beschäftigt war. Fast ausschließlich die Schweiz hat wiederholt versucht, die veraltete Konvention einer Verbesserung entgegenzuführen. Ueber neuere Schritte des schweizerischen Bundesrats in dieser Angelegenheit wird jetzt der „Neuen Fr. Pr." aus Genf geschrieben:

„Eine von der Haager Konferenz angenommene Konvention regelt bekanntlich nur die Verhältnisse des Seekrieges. Mit der Genfer Konvention hatte sich der Schweizer Bundesrat schon vorher befaßt. Bereits im Jahre 1896 hatte der Chef des schweizerischen Militärdepartements beim Bundesrat den motivierten Antrag gestellt, die Genfer Konvention zu revidieren. Der Antrag war von einem Gutachten des seither verstorbenen Ober-Feldarztes Dr. Ziegler begleitet. Kein andrer Staat zeigte indessen damals Neigung, sich mit der Sache zu befassen. Schon einige Jahre vorher hatten die schweizerischen Stabsoffiziere einen revidierten Entwurf der Genfer Konvention ausgearbeitet und dem Bundesrat zugestellt. Die Revisionsbedürftigkeit der Genfer Konvention hat sich in sämtlichen neueren Kriegen gezeigt. Bei den mit der Genfer Konvention in Beziehung stehenden Beratungsgegenständen der Haager Konferenz wurde dies ausdrücklich, und zwar einstimmig anerkannt, zugleich der Wunsch nach einer in Kürze zusammenzuberufenden Spezialkonferenz für diese Frage beschlossen. Die Einberufung dieser Konferenz wurde, wie Professor Dr. Zorn in einer Abhandlung im Januarheft der „Deutschen Rundschau" von 1900 bemerkt, als ein „Ehrenrecht der Schweiz" anerkannt, indem die Haager Konferenz die bereits gethanen vorbereitenden Schritte der Schweizerischen Eidgenossenschaft nach dieser Richtung billige. Mit Wärme und Energie war für diese Prärogative der Schweiz der rumänische Delegierte Beldimann eingetreten, lebhaft unterstützt in erster Linie von Deutschland. Der Bundesrat hat seither ein vorläufiges unverbindliches Revisions-Programm entworfen und als Zeitpunkt der Konferenz den Herbst dieses Jahres oder das nächste Frühjahr in Aussicht genommen. Der Bundesrat hat jetzt an die der Genfer Konvention zur Verbesserung des Loses der im Kriege verwundeten Militärs vom 22. August 1864 beteiligten Staaten eine offizielle Anfrage gerichtet, ob sie bereit wären, an der in Aussicht genommenen Konferenz teilzunehmen. Zusagende Antworten haben bisher Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England geschickt. Dabei machte England den bemerkenswerten Vorbehalt, es wünsche, daß die Konferenz nicht zusammentrete vor der Beendigung des südafrikanischen Kriegs. Offiziös ist im Bundesratshause die Mitteilung eingetroffen, daß mit der Konferenz auch Oestreich-Ungarn, sowie Deutschland einverstanden sind. Ausstehend ist noch die Antwort Rußlands. Hat auch dieses zugesagt, so haben sich die maßgebenden Staaten für die Konferenz ausgesprochen, und sie ist als gesichert anzusehen." —

Ausland.

Die italienische Regierung und die Socialisten.

Ueber die bemerkenswerten Verhandlungen in der italienischen Kammer haben wir bereits ausführlich berichtet. Nachzutragen ist noch die Erklärung, in der Genosse Ferri das Verhältnis der Socialdemokratie zur gegenwärtigen Regierung klarlegte. Ferri sagte:

„Die gegenwärtige Regierung ist eine ökonomische und politische. Die Grundlage der italienischen Arbeiterbewegung ist eine ökonomische, aber die ökonomische Bewegung trägt die politische. Diese Bewegung ist nur eine Wirkung der Entwicklung der industriellen Bourgeoisie. In dem Maße, in dem sich die italienische Bourgeoisie entwickelte, wurde auch die Bewegung des Proletariats notwendig.

Das Ideal des Proletariats ist das Kollektiveigentum. Aber wir wollen es nicht mit Gewalt erreichen. Ueberhaupt müssen wir die bestehenden Formen respektieren. Aber wir haben das Recht, zu agitieren, um zu zeigen, daß der Gang der Geschichte zum Kollektiveigentum führt. Das Mittel, durch das wir dieses Ideal erreichen wollen, ist der Klassenkampf. Wo die socialistische Propaganda die Arbeiter zum Klassenkampf organisiert hat, können sich die Ereignisse von Minervino Murge nicht wiederholen; im Jahre 1898 kam es zu keinem Aufruhr, wo die Bevölkerung bereits für den Socialismus gewonnen war.

Wir erkennen die Verdienste der Bourgeoisie an. Sie hat uns das Vaterland und die Freiheit gegeben, aber heute will uns ein Teil der Bourgeoisie einen Teil der Freiheit wieder nehmen, so daß wir die Errungenschaften der Bourgeoisie gegen die Angriffe der Bourgeoisie verteidigen mußten.

Das Ideal, das die Zukunft verwirklichen wird: **die Socialisierung des Eigentums, ist mit dem monarchischen Regiment unvereinbar.**

Aber diese Umwandlung kann sich nicht in vierundzwanzig Stunden vollziehen. Es bedarf einer langen Entwicklung. Wie sollen wir nun diese Umwandlung bewerkstelligen? Mit dem Gewehr? Nein. Wir haben das nie gesagt: wir haben stets das Gegenteil gesagt. **Das Gewehr und die Barrikade können eine Aenderung des politischen Systems herbeiführen, nie eine Aenderung der ökonomischen Verhältnisse.** Aber wir wollen heute den morgigen Tag vorbereiten. Wir arbeiten, um unser Ziel zu erreichen. Aber wie arbeiten wir? Das ist die Frage. Antwort: Eine revolutionäre Partei, die auf die Straße steigt, ist leicht zu besiegen, wenn die Regierung nicht den Kopf verliert. Viel gefährlicher ist eine Partei, die mit gesetzlichen Mitteln kämpft.

Es läßt sich nicht leugnen, daß sich die politischen Bedingungen unsres Landes in den letzten acht bis zehn Jahren geändert haben.

Der König befindet sich in einer kritischen Situation, ähnlich der Victor Emanuels II. im Jahre 1848, als er auf die Ideen der Reaktionäre nicht einging. Heute stellt die Arbeiterklasse den König wie die Monarchisten vor die Frage: Soll man sie in ihrem Aufstieg durch reaktionäre Maßregeln aufzuhalten versuchen, oder ihr alle Freiheiten lassen? Will man zur Taktik Pelloux' zurückkehren, oder wollt Ihr eine freiheitliche Taktik befolgen?

Und hier liegt der Grund, warum wir das Ministerium Zanardelli-Giolitti unterstützen.

Die Berufung Zanardellis hat es möglich gemacht, daß das Militärbudget glatter durchgegangen ist als früher. Denn es ist nicht wahr, was Sonnino gesagt: daß wir jedes Gesetz, das uns mißfällt, obstruieren. Wir machen nur Obstruktion, wenn es sich um die elementaren Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens handelt.

Man sagt, daß unsre Unterstützung eine Gefahr für die monarchischen Institutionen bedeute. Nun, man erinnere sich, daß zur Zeit der afrikanischen Expedition die Konservativen aus der Lombardei eine unkonstitutionelle Agitation entfalteten. Im „Corriere della Sera" stand zu lesen, daß die Konservativen Monarchisten aus Berechnung seien.

Und die separatistischen Gelüste gewisser Konservativer aus dem Süden werden von den Socialisten nicht geteilt, weil sie glauben, daß die nationale Einheit für die südlichen Provinzen notwendig ist.

Das Ministerium Zanardelli hat die Lehren der beiden Obstruktionscampagnen beherzigt; **es will sich gegen die unaufhaltsame Bewegung der Arbeiterklasse neutral verhalten und die Freiheit respektieren.**

Es ist eine Frage der Taktik: entweder Sie wollen uns den Weg versperren — dann fällt alle Verantwortung auf Sie — oder Sie wollen den normalen Uebergang vom Feudalismus zum bürgerlichen Liberalismus mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln zulassen. Das Proletariat hat ein Interesse daran, daß sich dieser Uebergang ungehindert vollziehe. Aus diesem Grunde werden wir für das Ministerium stimmen." —

Schweiz.

Zürich, 25. Juni. (Eig. Ber.) Die am Sonntag in der Stadt Zürich stattgefundenen Wahlen in den Großen Stadtrat haben unserer Partei wohl einen Zuwachs von einer Anzahl Vertretern gebracht, indem deren 32 gewählt wurden, aber sie blieb damit weit zurück hinter dem gesteckten Ziele von 43, auf die sie nach ihrer Stimmenzahl volles Anrecht hätte. Die Ursache davon liegt einmal in der brutalen Ausschließlichkeit und Vergewaltigungspolitik der bürgerlichen Parteien gegenüber den Socialdemokraten und sodann in dem offensichtlichen Mangel an Parteidisciplin zahlreicher Genossen. So hat die socialdemokratische Partei im 1. Kreise mit 22 Sitzen und im 2. Kreise mit 11 Sitzen, also von 33 Sitzen keinen einzigen, trotzdem ihre Stimmenzahl eine nicht unerhebliche ist; im 4. Kreise hat sie 5 Vertreter aus 14 und im 5. Kreise von 29 bloß 2, trotzdem sie hier über 1200 Stimmen hat, denen nur 2500 bürgerliche gegenüber stehen, so daß entsprechend dem Stimmenverhältnis auch die Vertreterzahl wie 1 : 2 sein müßte. Im 3. Kreise sind von 49 Vertretern 25 Socialdemokraten gewählt, oder genauer gesprochen, es sind 34 Socialdemokraten und 36 bürgerliche Kandidaten gewählt, aber davon 24 überzählig, die sich auf beide Parteilager verteilen. Die höchste Stimmenzahl von den socialdemokratischen Kandidaten erhielt Genosse Lang mit 4703, während die andren mehrere Hunderte, bis auf 3800, weniger erhielten. Man muß darin einen bedauerlichen Mangel an Parteidisciplin erblicken, der die Niederlage von 12 socialdemokratischen Kandidaten verschuldet. Die meisten Stimmen mit 7923 erhielt der auf den Listen beider Parteien gestandene Lehrer Müller. Unter den Gewählten sind die Genossen Greulich, Erisman, Pfarrer Pflüger, Seidel ꝛc.

Frankreich.

Paris, 26. Juni. Im heutigen Ministerrat im Elysée unterzeichnete Präsident Loubet ein Dekret, durch welches **die Generalratswahlen auf den 21. Juli** festgesetzt werden. —

Vom Hochverratsprozeß. Die meisten Pariser Blätter erklären, der einzige wirklich bemerkenswerte Punkt in dem Prozeß gegen den Grafen Lur-Saluces sei die Aussage des Generals Zurlinden. Die nationalistische Presse erblickt in der Zeugenaussage des Generals eine Ehrenrettung des Generals Pellieux, gegen welchen von radikaler Seite die Beschuldigung erhoben war, daß er sich in eine Verschwörung mit Déroulède oder den Monarchisten eingelassen habe; ebenso sei durch die Aussage des Generals Zurlinden festgestellt worden, daß jeder Versuch, die Armee zur Unbotmäßigkeit zu verleiten, vergeblich gewesen sei. Die radikalen Blätter erklären, es stehe nunmehr fest, daß Pellieux von dem beabsichtigten Staatsstreich unterrichtet war und sich aus irgend einem Grunde in letzter Stunde entschlossen habe, nicht mitzuthun. „Lanterne" deutet an, daß der General Pellieux vielleicht jener Royalist sei, gegen den Déroulède den Vorwurf des Verrats erhoben habe. —

Spanien.

Madrid, 26. Juni. In Valencia rotteten sich die Antiklerikalen vor einer Kirche, in welcher eine Feier stattfand, zusammen, zertrümmerten die Kirchenfenster und suchten eine Prozession am Verlassen der Kirche zu hindern. In dem Getümmel wurde eine Anzahl Frauen ohnmächtig. Darauf machten sich die Ruhestörer daran, das erzbischöfliche Seminar und das Karmeliter-Kloster mit Steinen zu bewerfen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. In einer Kirche in Gijon fand man einen Aufruf angeschlagen, in welchem angekündigt wird, daß sämtliche Kirchen der Diözese in Brand gesteckt werden würden.

Italien.

Rom, 26. Juni. In ihrer heutigen Vormittagssitzung bewilligte die Deputiertenkammer den geforderten Kredit für Herstellung einer Telephonverbindung Italiens mit der Schweiz. —

England.

London, 26. Juni. Bei der Ersatzwahl zum Unterhause in Stratford-on-Avon wurde Foster (konservativ und für Chamberlains Boerenpolitik) mit 4755 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat Bolton King (liberal) erhielt 2977 St. Der vorige Vertreter, der verstorbene Oberst Milward (konservativ), wurde im Jahre 1900 unbeanstandet gewählt. Im Jahre 1895 war er mit einer Majorität von 1771 Stimmen gewählt worden. —

Die Kriegsgreuel in Transvaal. Miß Hobhouse hielt einen Vortrag in Oxford über die Greuel des Lagersystems in Südafrika. Nachdem ihr auch dort eine große Halle aus Furcht vor den Imperialisten gekündigt war, stellte ihr der Reformklub seinen Saal zur Verfügung. Sie erklärte, vor dem Kriege glaubten die Boeren gegen eine civilisierte Nation zu Felde zu ziehen, die Aenderung ihrer Ansicht hierüber sei entmutigend für alle Engländer. Der Rektor der Oxforder Universität erklärte, falls die Thatsachen über die Lager gründlich in England bekannt wären, würden solche Zustände nicht weiter gestattet werden. Oberst Skott Stirving sagte, die Armee müßte über solche Arbeit Ekel empfinden. —

Dänemark.

Die Landwirtschaft ohne Schutzzölle.

Wir teilten vor einiger Zeit mit, daß die dänischen Agrarier sich auf ihrem Kongreß in Aarhus für landwirtschaftliche Schutzzölle ausgesprochen haben. Daß aber dieser Forderung kein wirklicher „Notstand" zu Grunde liegt, das scheint aus den folgenden Zahlen hervorzugehen, die ein ungefähres Bild von dem großartigen Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion in Dänemark in den letzten beiden Jahrzehnten des verflossenen Jahrhunderts geben.

Der Wert der Ausfuhr von Schweinen und Speck betrug in den Jahren 1876—1880 im Durchschnitt pro Jahr 19 Millionen Kronen; 1900 aber 58 Millionen; der von Butter 1876—1880 pro Jahr 20 Millionen; 1900: 109 Millionen; Eier, damals 1 Million, nun 16½ Millionen. Alles in allem betrug der Wert der Ausfuhr der genannten landwirtschaftlichen Produkte 1876—1880 durchschnittlich pro Jahr 40½ Millionen, 1900 aber 184 Millionen Kronen.

Diese großartige Entwicklung wurde wesentlich gefördert durch die Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften. Die erste Meiereigenossenschaft wurde im Jahre 1882 gegründet; jetzt giebt es in Dänemark 1032 Meiereigenossenschaften mit ungefähr 160 000 Mitgliedern. Die Zahl der Milchkühe beträgt in Dänemark 1 100 000; die Milch von 900 000 dieser Kühe wurde in den Genossenschaftsmeiereien verarbeitet und 134 000 000 Pfund Butter wurden dort produziert. — Die erste Schlächterei-Genossenschaft wurde 1887 gegründet; jetzt giebt es 26 mit 62 000 Mitgliedern. Diese Genossenschaften schlachteten im Jahre 1900 660 000 Schweine und verkauften für 36 Millionen Kronen Speck. — „Des dänischen Landmanns Eierverkaufs-Genossenschaft" wurde 1895 gegründet; 1900 gab es 450 solcher Genossenschaften mit 25 000 Mitgliedern. Diese verkauften für 2 900 000 Kronen Eier. — Jedesmal, wenn das Genossenschaftssystem eine neue Branche erobert hat, läßt sich bald eine starke Steigerung der Ausfuhr konstatieren.

Dänemark hat im Jahre 1900 für 280½ Millionen Kronen Waren exportiert, davon für 250 Millionen Kronen landwirtschaftliche Produkte = 89,3 Proz.; an Industrieprodukten ca. 24 Millionen Kronen = 9¼ Proz., und der Fischexport betrug nur etwas über 1 Proz. der gesamten Ausfuhr.

„Diese großartige Entwicklung der Landwirtschaft", schreibt „Socialdemokraten", „ist unter dem Freihandelssystem vor sich gegangen. In Deutschland, Frankreich und Schweden hat die Landwirtschaft ihre Zuflucht zum Schutzzoll genommen, aber nun jammern die Landwirte mehr wie je. Die dänischen Bauern und Häusler haben dagegen ihre Rettung im genossenschaftlichen Betrieb gefunden, also in einem socialistischen Princip.

Unsre Industrie, die teilweise Zollschutz genießt, konnte nur einen lächerlich kleinen Teil zu unserm Export beitragen. Unsre Landwirtschaft hat dagegen unterm Freihandel und durch das Genossenschaftssystem unsern Export kolossal vermehrt."

Amerika.

Der amerikanisch-russische Tarifstreit.

New York, 25. Juni. Dem „New York Herald" wird aus Washington gemeldet: Schatzsekretär Gage äußerte gestern, er denke, wenn er sich nur eine Stunde mit dem russischen Finanzminister v. Witte unterhalten könnte, so würde dieser darlegen, wo seiner Ansicht nach, er (Gage) im Irrtum sei und er würde im stande sein, Witte gegenüber sein Verhalten zu rechtfertigen. Er sei überzeugt, daß sie zu einem freundschaftlichen Einvernehmen gelangen würden. Hingegen sei es aussichtslos, den Meinungsstreit durch die Presse fortzuführen, und da eine persönliche Besprechung unmöglich sei, so müsse der gewöhnliche Weg des Verkehrs zwischen den Regierungen benutzt werden. Der frühere Hilfssekretär des Schatzamts Vanderlip, der soeben aus Rußland eingetroffen ist, erklärt, Finanzminister v. Witte sei den Vereinigten Staaten freundlich gesinnt, er wünsche keinen Tarifkrieg und glaube auch nicht, daß es zu einem solchen kommen werde.

London, 26. Juni. Den „Times" wird aus New York vom 25. Juni gemeldet: Der russische Botschafter Cassini, der sich heute nach Europa einschiffte, erklärte einem Vertreter des „Commercial Advertiser" daß die die Tariffragen betreffenden Mißverständnisse von den Amerikanern herrühren. Cassini fügte hinzu, daß, wenn es zum **Zollkrieg** zwischen den beiden Ländern **kommen sollte,** die Vereinigten Staaten und nicht Rußland dadurch getroffen würden. Der Korrespondent des „Commercial Advertiser" setzt hinzu, daß Cassini als Diplomat die Sachlage noch immer optimistisch ansehe. In New York ist man allgemein der Ansicht, daß Schatzsekretär Gage die Vereinigten Staaten in einen unnützen kostspieligen Streit verwickelt hat, bei welchem, wie Cassini sagt, Amerika alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hat. —

Gegen die Trusts.

Washington, 26. Juni. („Bureau Laffan".) Die industrielle Kommission, welche von dem Kongreß ernannt worden war, hat die Tagung ihrer Sitzungen beendet. Sie hat einen Bericht entworfen, welcher eine **schwere Anklage gegen die großen Trusts** darstellt. Der Bericht empfiehlt die Ergreifung ernster Maßregeln und erklärt die Anti-Trustgesetze, welche unter dem Namen „Sherman Law" bekannt sind, für gänzlich unzulänglich, um das rasche Anwachsen der Trusts zu bekämpfen. Einige Mitglieder der Kommission haben einen von diesem völlig unabhängigen Bericht verfaßt, in welchem sie das „Sherman Law" für so wirksam, wie es in der Staatsverfassung möglich sei, erklären. —

Australien.

Melbourne, 25. Juni. Die gesetzgebende Versammlung der Kolonie Victoria nahm mit 64 gegen 17 Stimmen den Antrag auf Ausschluß des Mitglieds für Melbourne, Findlay, an. Findlay ist der Herausgeber des wöchentlichen Organs der Arbeiterpartei, das einen Artikel gegen König Eduard VII. aus dem „Irish People" abgedruckt hatte. Findlay erklärte, daß er die in dem Artikel ausgesprochene Gesinnung nicht teile. Die der Arbeiterpartei zugehörigen Mitglieder des Hauses stimmten gegen den Antrag.

Das verwünschte China!

Nachdem Deutschland sich aus China flüchtet, nimmt plötzlich die für das auswärtige Amt offiziöse Presse

die Alarmnachrichten

über neue Unruhen nicht mehr ernst, die man bis vor kurzem noch weidlich ausbeutete, um die Weiterführung der Expedition zu rechtfertigen. Die „Post" rät, die Meldungen mit Vorsicht aufzunehmen und mit bewunderungswürdiger Ruhe fügt sie hinzu, man solle **„berücksichtigen, daß Ausschreitungen gegen Fremde in China vorgekommen sind und vorkommen werden, so lange Fremde dort weilen.**

Ja, wenn man dieser fatalistischen, gemütlichen Anschauung huldigt, wozu hat man überhaupt dann den Rachezug erst begonnen? Die Gemütsruhe hätte man vor einem Jahre bewähren sollen. Statt dessen ging die Regierung, unfähig und urteilslos blindlings in das Abenteuer, durch das man nichts erreicht hat als grauenhafte Verwüstungen, Niedermetzelung Tausender von Menschen und schwere Opfer an Gut und Blut!

Diplomatische Aenderungen.

Der russische Gesandte in China, v. Giers, erhält, nach dem „Lokal-Anzeiger", demnächst seine Abberufung aus Peking und dürfte als Gesandter für München ernannt werden. Nach Peking soll Lessar, der ehemalige russische diplomatische Kommissar in Bukarest, augenblicklich im russisch-indischen Grenzgebiet thätig, kommandiert werden.

Vermutlich steckt hinter dem Wechsel das persönliche Bedürfnis des Herrn v. Giers, auch seinerseits aus dem verwünschten China herauszukommen.

Der Sühneprinz.

Prinz Tschun, das Haupt der nach Deutschland gehenden Sondergesandtschaft, wird Peking am 12. Juli verlassen und von Shanghai am 20. Juli nach Deutschland weiterreisen.

Partei-Nachrichten.

Ein Produkt sommerlicher Flaue. In Gera beschlossen am 8. Juni die Buchdrucker, ihren Vertreter aus dem Gewerkschaftskartell zurückzuziehen. Der Beschluß wurde mit einigen beschimpfenden Redensarten gegen das Kartell begründet. Wir hatten von dem gleichgiltigen Vorgange nicht Notiz genommen, weil er wirklich keinen Menschen außerhalb der reußischen Residenz an der weißen Elster interessieren konnte. Unter dem Einfluß der sommerlichen Stille und gleichermaßen der Hitze ist aber auch diese Winzigkeit unter freisinniger Pflege zu einem kleinen Ungetüm angeschwollen, das jetzt nach drei Wochen der hauptstädtischen Presse den Doppeldienst leisten muß, den öden weißen Raum und zugleich die Socialdemokratie anzuschwärzen.

Deshalb sei doch nun zunächst konstatiert, daß der Beschluß der Buchdrucker, deren Ortsverein in Gera 100 Mitglieder zählt, in Anwesenheit von 33 Mitgliedern mit 16 Stimmen gefaßt wurde; 15 stimmten dagegen, 2 enthielten sich der Abstimmung. Die Begründung wurde von den 8 im „fortschrittlichen" „Geraischen Tageblatt" beschäftigten Antragstellern fabriziert. Der Beschluß ist nur eine Episode in einer langen, der Bedeutung des Orts durchaus angemessenen Zänkerei zwischen dem dortigen Freisinnsblatte einerseits und unsrem Parteiblatte sowie den Arbeiterorganisationen andrerseits, die sich um alles mögliche und noch etwas dreht, und anscheinend noch ein langes Leben verheißt. Er ist offenbar auf diese Streitereien zurückzuführen, in denen das „Geraische Tageblatt" bisher nicht gut abgeschnitten hat und seine Begründung ist von unsrem dortigen Parteiblatt als eine freisinnige Verleumdung gekennzeichnet worden. Wie faul die Sache ist, geht unter andern auch aus der Thatsache hervor, daß die „Freisinnige Zeitung", die der Geschichte erst in Berlin Eingang verschaffte und als Quelle die „Geraer Zeitung" angab, von diesem fürstlich reußischen Amtsblatte genötigt wurde zu erklären, daß nicht dieses sondern das dortige Freisinnsblatt die trübe Quelle ist, aus der sie geschöpft. Selbst ein Amtsblatt mag vor der Oeffentlichkeit nicht als Urheberin des tristen Klatsches gelten, der der Berliner Freisinnspresse gut genug ist zum „geistigen Kampf" gegen die Socialdemokratie.

Eine Versammlung polnischer Arbeiter in Altona, in der Zylinski über den polnisch-socialistischen Parteitag in Berlin

ref-rierte, nahm, wie die „Gazeta Robotnicza“ berichtet, folgende Resolution an:

„Wir polnischen Socialisten streben nicht nach der Unabhängigkeit Polens, sondern wir wollen auf dem Boden des Programms der deutschen Socialdemokratie stehend und von ihr nur durch den Unterschied der Sprachen getrennt, die Befreiung des polnischen Proletariats aus dem Joche des Kapitalismus,

wir wollen, daß in polnischen Gegenden bei der Aufstellung eines Kandidaten nicht die Zugehörigkeit zur P. P. S. maßgebend sein soll, sondern wir wollen eine Verständigung mit den deutschen Genossen,

schließlich protestieren wir dagegen, daß ein Antrag abgelehnt wurde, nach dem ein polnischer Vertrauensmann gemeinsam mit einem deutschen Socialdemokraten thätig sein soll.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Der Mai-Spaziergang** in Halle hatte am Dienstag vor der Strafkammer noch ein gerichtliches Nachspiel gegen den Vertrauensmann Reimand und den Verleger des „Volksblatts“ Groß. Beide waren vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu der auffällig hohen Strafe von je 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil sie einen Festzug vor dem erfolgten polizeilichen Verbot im „Volksblatt“ inserierten. Das Berufungsgericht erniedrigte die Strafe auf je 8 Tage Gefängnis. Studenten kommen aber zuweilen wegen grober Ausschreitungen mit Geldstrafen davon.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Diejenigen Inhaber von Friseurgeschäften, die nicht Mitglieder der „Freien Vereinigung“ sind, aber doch unsre Forderungen bewilligt haben, ersuchen wir, sich das Plakat bei dem Kollegen Klarbaum, Höchstestr. 1, abzuholen. Falls die einzelnen Arbeitgeber den Tarif noch nicht unterschrieben haben sollten, so kann das jederzeit auf dem Bureau Rosenthalerstr. 57 geschehen, da sonst das Plakat nicht ausgehändigt werden kann.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die „Nichtmitglieder“ der „Freien Vereinigung“ denen das Plakat verweigert wird, dies der Lohnkommission zu unterbreiten haben, falls sie sich selbst nicht schädigen wollen. Im Interesse der Arbeitgeber liegt es, die nötigen Schritte sofort zu thun, da diejenigen, welche Plakate bekommen haben, von der Lohnkommission, resp. der „Freien Vereinigung“ am nächsten Sonnabend veröffentlicht werden.

Die Lohnkommission. J. A.: R. Lubert.

Achtung, Porzellan- und Steingutdreher! In Renens bei Lausanne (Schweiz) sind seit 40 Tagen die Steingutdreher im Ausstand. Während der eine Fabrikant den bescheidenen Forderungen der Arbeiter entgegengekommen und einen Vertrag mit ihnen abgeschlossen hat, bemühen sich die Besitzer der Firma Levy u. Schwab, die Streikenden nieder zu zwingen. Sie bedienen sich dabei recht unsauberer Mittel. Unter der falschen Vorspiegelung, er brauche, anläßlich der Erweiterung einer Porzellanfabrik in der französischen Schweiz, eine Anzahl Porzellanarbeiter, ist es ihm gelungen, acht Mann von Berlin hinzulocken. — Wir haben, so schreibt uns der Vorsitzende der dortigen Steingutarbeiter-Gewerkschaft, die Angekommenen sofort von der hiesigen Situation unterrichtet und sieben von den acht deutschen Porzellanarbeiter haben der internationalen Solidarität Rechnung getragen und es abgelehnt, die Arbeit aufzunehmen. Obgleich die Kassen der hiesigen Organisation infolge des langen Streiks ziemlich geschwächt sind, werden die Betreffenden entsprechend unterstützt und es soll versucht werden, sie wieder nach der Heimat zu befördern.

Wir ersuchen unsre deutschen Kameraden, Porzellan- und Steingutarbeiter, das obige zu beachten und sich nicht nach hier verlocken zu lassen.

Im Auftrag des Komitees: Jean Castella.

Deutsches Reich.

Schutz den Streikbrechern. Mit sechs Wochen Gefängnis wurde ein Maurer in Halle bestraft, welcher den auf einem Bau arbeitenden Streikbrechern Vorhaltungen über ihre unsolidarische Handlungsweise machte und ihnen bei dieser Gelegenheit — was er jedoch bestreitet — die Worte zugerufen: „Wenn Ihr morgen wieder kommt, schlagen wir Euch die Knochen entzwei.“ — Diese Redensart, falls sie gebraucht sein sollte, ist ja nicht schön, aber sicher nicht ernst gemeint, wie jeder, der öfter Gelegenheit hat, erregte Auseinandersetzungen zwischen nicht gerade salonmäßig ausgebildeten Leuten zu hören, zugeben wird. Und dennoch sechs Wochen Gefängnis! Das beweist, daß sich die Streikbrecher nicht über ungenügenden gesetzlichen und richterlichen Schutz beklagen können.

Die Hamburger Bauarbeiter befinden sich zur Zeit in einer Lohnbewegung. Ueber 18 Baugeschäfte, welche die Forderung der Arbeiter nicht anerkennen, ist die Sperre verhängt worden.

Gescheiterte Einigungs-Bestrebungen im Gärtnerberufe. Eine Konferenz der Hauptvorstände des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins und der Deutschen Gärtnervereinigung fand am 9. Juni in Wittenberge statt. Gegenstand der Verhandlung war die Frage des Zusammenschlusses der beiden sich bisher scharf bekämpfenden Organisationen. Als Grundbedingung der Verschmelzung der beiden Organisationen stellte der Hauptvorstand der Deutschen Gärtnervereinigung die Forderung: Anschluß an die modernen Gewerkschaften bezw. an die Generalkommission der Gewerkschaften. Wie vorauszusehen, scheiterten an dieser Hauptforderung die ganzen Verhandlungen. Der Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins glaubt, daß seine Mitglieder für solchen Schritt noch nicht reif seien, daß die Anerkennung der modernen Gewerkschaften unter ihren rückständigen Elementen böses Blut erregen und den Austritt einer ganzen Reihe Zweigvereine zur Folge haben werde. — Da der Vorstand der Deutschen Gärtnervereinigung aber nicht von dieser Hauptforderung zurücktreten wollte, waren die weiteren Verhandlungen überflüssig und wurden nach 3½stündiger Dauer abgebrochen.

Die Töpfer in Wittenberge befinden sich seit Montag früh im Ausstande und ersuchen um Fernhalten des Zuzugs.

Ausland.

Zwischen den Streikenden am Simplontunnel und der bewaffneten Macht soll es — einer Meldung aus Arona zufolge — zu blutigen Zusammenstößen gekommen sein, wobei es Tote und Verwundete gegeben habe. Die Behörden am Thatort verweigern die Annahme von Depeschen mit der Meldung der ernsten Vorgänge.

Grenoble. Der Ausstand der Bergarbeiter in La Motte d'Aveillans ist beendet. Die Bergwerksgesellschaft verpflichtet sich, sechs Monate hindurch nur 15 Proz. ausländische Arbeiter zu beschäftigen.

Sociales.

Für den Wert der Kinderarbeit auf den Gütern hat die Regierung in Königsberg volles Verständnis. Im Kreise Rastenburg fehlt es an Arbeitskräften auf den Rübenfeldern. Deshalb ist den Kindern der Stadt Barten an 21 Nachmittagen — so lange werden sie wohl gebraucht werden — der Schulunterricht erlassen worden. Wenn die Schulen geschlossen werden, stehen schon Wagen bereit, um die Kinder schnell auf die Felder hinaus zu bringen. Je nach der Leistungsfähigkeit erhalten die Kinder 20 bis 40 Pf. pro Nachmittag. Damit aber der Unterricht nicht leidet, haben die Kinder in der Schule schon am Vormittag das Nachmittagspensum zu leisten. Wie das nach anstrengender Arbeit auf dem Felde am Tage vorher geschieht, kann man sich denken. Ob in allen Kreisen die Kinder zur Arbeit hergegeben werden, ist uns noch nicht bekannt. Unwahrscheinlich ist es nicht.

Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder. Im Dresdener Lehrerverein sprach ein Elementarlehrer, Herr Schanze, über die Gesundheitsverhältnisse der dortigen Elementarschüler und die Schularztfrage.

Die ärztliche Untersuchung der Kinder, die sich teilweise auf die Beobachtungen des betr. Direktors oder Lehrers stützen, war noch nicht in allen Schulen vorgenommen gewesen, auch nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt worden. Daher mußten auch die vom Redner gefundenen Prozentzahlen hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Die vorgefundenen Krankheiten der Kinder hatte Herr Schanze in 15 Rubriken gebracht: Blutarmut, Zahnkrankheiten, körperliche, geistige Schwäche, chronische Krankheiten, vergrößerte Mandeln, vergrößerte Halslymphdrüsen, Skrophulose, Nervosität, Rachitis, Augenkrankheiten, Ohrenleiden, Stammeln, Stottern und sonstige Leiden und Gebrechen. Das Krankheitsbild war geradezu ein erschreckendes. Nicht nur, daß ein großer Teil der Kleinen mit drei bis vier Krankheiten behaftet ist, die Zahl der Krankheiten also bei weitem die Anzahl der Leidenden übersteigt, sondern auch, daß gut die Hälfte der Kinder, nicht, wie man gewöhnlich annimmt, ein Drittel, als anormal bezeichnet werden muß! Auffallend ist, daß sich nicht etwa besonders kranke oder besonders gesunde Schulen fanden — die Lage der einzelnen Stadtteile hätte es vermuten lassen können. Es scheinen somit in den verschiedenen Teilen Dresdens einander ähnliche Verhältnisse vorzuliegen in Bezug auf Ernährung, Wohnung, Wartung und Pflege der Kinder und in Bezug auf die Familienverhältnisse, in denen sie aufwachsen. Der Vortragende kam daher zu folgenden Leitsätzen, denen die Versammlung rückhaltlos zustimmte:

1. Der Gesundheitszustand unsrer Elementarschüler ist nach den im vorigen Jahre stattgefundenen ärztlichen Untersuchungen ein sehr ungünstiger und erfordert daher fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit. 2. Es ist wünschenswert, daß die erste schulärztliche Untersuchung des körperlichen Zustandes kurz nach Ostern und allgemein nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen wird. Das Schulamt soll gebeten werden, zu veranlassen, daß die Untersuchung sämtlicher Elementarschüler für das laufende Jahr noch geschieht, damit eine eingehende Statistik zum Besten der Schulgesundheitspflege aufgestellt werden kann. 3. Es ist weiter zu wünschen, daß die Beilage zum Aufnahmebogen, die das ärztliche Zeugnis enthält, für jedes Kind durch die ganze Schulzeit geführt werde. 4. Die mit chronischen Krankheiten behafteten Kinder sind im Sommerhalbjahr so lange als nötig zum Gebrauche einer Kur zu beurlauben. Bei gänzlicher Mittellosigkeit hat die Stadt für Unterbringung in eine Heilanstalt Sorge zu tragen. 5. Die beiden Nachhilfeschulen für geistig schwache Kinder sind zu decentralisieren. Die Errichtung von Nachhilfeklassen für jede größere Schulgruppe ist ein dringendes Bedürfnis. 6. Zur Förderung des gesundheitlichen Zustandes unsrer Kinder empfiehlt sich die Errichtung von Schulbädern.

Aus der Frauenbewegung.

Abrechnung der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands vom 8. Januar bis 18. Mai 1901.

Einnahmen:

Bestand am 8. Januar	39,73 M.
Aus Berlin	158,20 „
Von auswärts	292,20 „
Summa:	490,13 M.

Ausgaben:

Porto und kleine Ausgaben	45,00 M.
Für Agitationstouren nach: Schlesien, Thüringen, sächsischem Voigtland, Köln, Ostpreußen als Beihilfe gezahlt	340,60 „
	385,60 M.
Einnahmen	490,13 M.
Ausgaben	385,60 „
Bestand:	104,53 M.

Revidiert und richtig befunden:
Berlin, 18. Mai 1901.
Frau Meiling. Frau Seering. Frl. Ida Baar.

Eine wackere Mitkämpferin verloren die Genossen in Sagan an der Parteigenossin Pauline Hermstädt, die am 22. Juni dort verstarb. Sie hat als Zeitungsexpedientin unsre dort verbreiteten Parteiblätter, den „Proletarier aus dem Eulengebirge“ und die „Breslauer Volkswacht“ in alle Hütten getragen und war bei jeder Flugblattverbreitung eine treue Helferin. Ehre ihrem Andenken.

Sittliche Gefahren der Frauenarbeit. Der Jahresbericht der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für Mecklenburg-Schwerin auf das Jahr 1900 sagt in dem übrigens sehr kurzen Kapital „Arbeiterinnen“:

„Einzelne Vorkommnisse bei Unterbringung fremder Arbeiterinnen in Ziegelei- und Zuckerfabrik-Kasernen bestätigten als wünschenswert die völlige Ausschließung solcher Beschäftigungen, da sittliche Ausschreitungen sich erfahrungsmäßig auch durch Aufsicht und Bestrafungen nicht verhindern lassen.“

Wir möchten aus diesem Grunde allein die Forderung der Ausschließung der Arbeiterinnen von diesen oder andren Beschäftigungsarten nicht vertreten, soweit nicht etwa die Umstände, aus denen die Gefahren für die Sittlichkeit resultieren, von der Arbeitsweise aus technischen Gründen untrennbar sind. Solche Umstände macht der Bericht hier nicht geltend, sondern nur die Unwirksamkeit von Aufsicht und Bestrafungen. Daran dürfte aber weit mehr der böse Wille der Unternehmer schuld sein, die es offenbar an anständigen Einrichtungen beim Betriebe und bei der Unterbringung der Arbeiter und Arbeiterinnen fehlen lassen und die durch die üblichen geringfügigen Strafen auch nicht zu einer Aenderung ihres Verhaltens veranlaßt werden können. Ernste Bestrafung würde da schon eher eine Wirkung erzielen. Es mag ja sein, daß vielfach auch die erfahrungsgemäß ziemlich tief stehenden fremden Arbeiterinnen dieser Betriebe, die ja gerade um dieser Eigenschaft willen herzugeholt werden, den an sie herantretenden sittlichen Gefahren leichter erliegen als andre. Dagegen ist die Hebung des wirtschaftlichen Niveaus der Arbeiter und Arbeiterinnen ein recht wirksames Mittel: Anständige Bezahlung, die ein menschliches Leben ermöglicht, anständige Behandlung durch die Unternehmer und deren Angestellte, volle Bewegungsfreiheit für die Arbeiterorganisationen, damit sie auch diese Arbeiterkategorien für die Organisation gewinnen können. Das würde den beobachteten sittlichen Gefahren sehr bald ein Ende bereiten.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Rixdorf hielt am Dienstag eine Mitgliederversammlung ab. Es wurden zunächst zwei belehrende Artikel aus dem Gebiete der Gesundheitspflege vorgelesen, die mancherlei Belehrung boten und mit regem Interesse verfolgt wurden.

Aus dem Geschäftsbericht, den die Schriftführerin vortrug, ist zu entnehmen, daß 13 Vorstandssitzungen und 10 Versammlungen stattgefunden haben. Im Durchschnitt waren die Versammlungen von 54 Personen besucht. Seitens der Rixdorfer Polizeibehörde erfreut sich der Verein einer besonderen Aufmerksamkeit, indem sie den Beweis erbringen will, daß der Verein auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken sucht. Gegen das freisprechende Urteil vom 3. Juni ist vom Staatsanwalt Berufung eingelegt worden, aber das wird die Frauen nicht hindern, ihr Wissen in jeder Weise zu bereichern. Das Stiftungsfest ergab ein Defizit von 50 M. Ein Antrag von Fr. Jeetze, im Juli nach dem Botanischen Garten zu gehen, wurde angenommen. Der Tag soll in der nächsten Versammlung bestimmt werden. Die nächste Versammlung findet am 2. Juli bei Mercier, Steinmetzstraße, statt. Herr Grundmann spricht über: „Das Innere der Frau“. Der Vortrag wird an einer lebensgroßen künstlichen Frau, welche, mit herausnehmbaren Organen versehen, volksverständlich erklärt. Damen haben als Gäste Zutritt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwere Wetterschäden.

Königsberg, 26. Juni. (W. T. B.) Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am 24. Juni mittags der nordöstliche Teil des Goldaper Kreises, namentlich die Felder der Ortschaften Szittkehmen, Rominten, Texeln und Groß-Trakischken von starkem Hagelwetter mit wolkenbruchartigem Regen schwer heimgesucht. Getreide, Kartoffeln und Klee wurden vollständig vernichtet. In Rominten durchbrachen die Wasserfluten den Eisenbahndamm am Bahnhof, auch wurden durch den Sturm viele Fensterscheiben zertrümmert. Die Rominte stieg über zwei Meter. Bei Dönhoffstädt wurde am Montagnachmittag ebenfalls die Ernte auf den Feldmarken durch wallnußgroße Hagelkörner stellenweise gänzlich zerstört; die niedrig gelegenen Ländereien und Wiesen wurden überschwemmt; ein orkanartiger Sturm entwurzelte Bäume, die fast zwei Meter im Umfang maßen.

Zugentgleisungen.

Königsberg i. Pr., 26. Juni. (W. T. B.) Gestern abend 8½ Uhr entgleiste, wie die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ meldet, der Personenzug **Lyck-Insterburg** bei der Station Spirokeln infolge Versandung der Strecke durch starke Regengüsse. Die Maschine sank außerhalb des Geleises tief in den Erdboden ein, während sich der Postwagen mit eingedrückter Wand quer über das Geleise stellte. Verletzt wurde niemand. Der Heizer rettete sich durch einen Sprung, der Maschinenführer wurde auf den Tender geschleudert. Nach vier Stunden langte erst ein Hilfszug von Insterburg an, der die Passagiere mit etwa fünfstündiger Verspätung nach Insterburg brachte.

Königsberg i. Pr., 26. Juni. (W. T. B.) Nach Meldung der Abendblätter ist gestern abend 6 Uhr der von **Lück** nach **Allenstein** bestimmte Personenzug zwischen Klaukendorf und Mertinsdorf infolge Ueberschwemmung der Bahngeleise entgleist. Drei Reisende wurden erheblich aber nicht lebensgefährlich verletzt, mehrere andre trugen leichte Verletzungen davon. Die Lokomotive, der Postwagen und vier Personenwagen sind entgleist. Der Verkehr muß bis auf weiteres durch Umsteigen bewirkt werden.

Vorbereitungen für die Ausbeutung Südafrikas.

London, 26. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Generalversammlung von A. Goerz u. Co. Limited wurde trotz eines Saldos von 104 713 Pfd. Sterl. von der Verteilung einer Dividende abgesehen im Hinblick auf die noch nicht genügend geklärten Verhältnisse in Südafrika, welche es wünschenswert erscheinen lassen, die Mittel der Gesellschaft für die nach Wiederaufnahme der Arbeiten am Rande herantretenden Aufgaben bereit zu halten.

Den Mitteilungen des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß während des Krieges in Kapstadt seitens der Mitglieder der Witwatersrand Minenkammer die „Rand Native Labour Association“ gegründet wurde, von deren Thätigkeit man in Zukunft eine bessere Versorgung der Gruben mit eingeborenen Arbeitern erwartet, als es vor dem Kriege der Fall war. Bezüglich der Aussichten der Bergwerksindustrie äußerte sich der Vorsitzende dahin, daß dieselbe seiner Ueberzeugung nach unter englischer Verwaltung so vorteilhaft wie möglich arbeiten würde, da es im eigensten Interesse der letzteren läge, der Hebung der so bedeutenden Mineralschätze im Transvaal ihre Fürsorge angedeihen zu lassen. Man dürfe daher annehmen, daß die zukünftige Besteuerung der Industrie keinen Hemmschuh für die Entwicklung derselben bilden würde, daß vielmehr eine gerechte Verteilung der Lasten zu erwarten wäre, welche zur Inangriffnahme neuen Bergwerksgrundes und zur Nutzbarmachung auch der zahlreichen Lagerstätten mit geringerem Goldgehalt ermutigen würde.

Kenhardt, 26. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Aus Kakamas sind den Engländern ergebene Farmer hier eingetroffen und berichten, daß nach einem Gefecht in der Nähe von Karvegas, das zwischen Grenzschützen und dem Kommandanten Conroy vorfiel, die Boeren sich nach Kakamas zurückgezogen hätten, von wo aus sie den Oranjefluß in größter Unordnung überschritten hätten. Conroy habe sich mit einem Kap-Rebellen Namens Vickers aus Brandvlei auf deutsches Gebiet begeben, um mit den deutschen Behörden zu verhandeln. Die Deutschen hätten es abgelehnt, bewaffnete Boeren aufzunehmen. Schließlich seien 38 Familien nach Deutsch-Südwestafrika gezogen, wo die deutschen Behörden Frauen und Kinder in einem Lager nahe bei Schmidtdrift unterbringen und die Männer internieren ließen.

Harrismith (Oranjefreistaat), 25. Juni. (Meld. des „Reuterschen Bureaus“.) Zwei englische Truppenabteilungen machten, gemeinsam vorgehend, einen **Beutezug** durch das Gebiet zwischen **Harrismith** und **Bethlehem.** Sie erbeuteten 43 Wagen und Karren, 182 140 Pfd. Fourage, 598 900 Pfd. Korn und Mehl sowie eine Menge landwirtschaftlicher Geräte und Munition auf dem Wege nach Bethlehem und außerdem 37 Ladungen Fourage auf dem Rückwege.

Mannheim, 26. Juni. (B. H.) Die mit einem Kostenaufwand von 150 000 M. neu erbaute Leichenhalle auf dem hiesigen Friedhofe ist heute nachmittag 3 Uhr plötzlich eingestürzt. Bei dem Einsturz verunglückten **zwei Arbeiter zu Tode** und fünf sind schwer verletzt. Die Feuerwehr ist zu den Aufräumungsarbeiten aufgeboten. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß die zu weite Spannung des Mittelbaues die Ursache des Einsturzes war.

Wien, 26. Juni. (B. H.) Die große Ortschaft Wiener-Neudorf steht seit heute nacht **in Flammen.** Zahlreiche Wohnhäuser sowie die uralte Ortskirche sind abgebrannt. Man befürchtet, daß mehrere Personen in den Flammen umgekommen sind.

Antwerpen, 26. Juni. (B. H.) Ein Wachtposten wurde gestern von Unbekannten überfallen und erhielt mehrere Dolchstiche. Er wurde blutüberströmt ins Hospital gebracht.

Paris, 26. Juni. (B. H.) Der hiesige Gerichtshof verurteilte heute zwei junge Anarchisten, die eine **Bombe** in eine Bedürfnisanstalt geworfen hatten, welche durch die daraus entstandene Explosion zerstört wurde, zu einem Jahr Gefängnis.

Paris, 26. Juni. (B. H.) Der hiesige Gemeinderat beschloß mit 35 gegen 32 Stimmen die Verweltlichung der Spitäler durchzuführen.

Paris, 26. Juni. (W. T. B.) Der Staatsgerichtshof verurteilte den Grafen Lur-Saluces zu **fünf Jahren Verbannung** unter Zubilligung mildernder Umstände. Für die Verurteilung stimmten 72 Senatoren; 58 enthielten sich der Abstimmung. Die Sitzung wurde geschlossen, ohne daß es zu einem Zwischenfall gekommen wäre.

Rom, 26. Juni. (W. T. B.) Die Kammer **genehmigte** den Etat des Ministeriums des Innern **in geheimer Abstimmung** mit **187 gegen 59** Stimmen und ging dann zur Beratung des Etats des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten über.

Jekaterinoslaw, 26. Juni. (W. T. B.) Das Feuer in dem Holzlager ist gelöscht. Der Schaden an verbranntem Holz wird auf drei Millionen Rubel, der an Mühlen, Sägemühlen und Wohnhäusern auf zwei Millionen Rubel geschätzt. Das Holz war nicht versichert. Eisenbahn-, Wasserleitungs- und einige andre Gebäude sind beschädigt. Es verbrannten 42 Gehöfte.

New York, 26. Juni. (W. T. B.) Einer Depesche aus St. Johns (New Foundland) zufolge ist der Oceandampfer „Lusitania“, der von Liverpool nach Montreal mit 500 Passagieren unterwegs war, gestern nacht auf der Höhe von Kap Ballard gescheitert. Alle Passagiere des Dampfers wurden gerettet.

Indianapolis, 26. Juni. (W. T. B.) Einer später eingetroffenen Meldung zufolge hat sich das Eisenbahnunglück auf der Wabashbahn während der Nacht ereignet. Sechszehn italienische Auswanderer, welche sich auf dem Wege nach der Salzseestadt befanden, sind umgekommen. Fünfzig Reisende sind verletzt, darunter viele schwer.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 147. 18. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 27. Juni 1901.

Der Prozeß Jänicke.

Aus Potsdam wird uns vom Mittwoch berichtet: Vor dem hiesigen Schwurgericht fand heute die erneute Verhandlung gegen den „Geisterbeschwörer vom Teufelssee", Töpfer Eugen Jänicke statt. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Nixe, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Wagner, der Angeklagte wird vom Rechtsanwalt Dr. Friedländer-Potsdam verteidigt. Bei Eröffnung der Verhandlung ist der Zuhörerraum nur sehr mäßig besetzt. Der Angeklagte Jänicke hat sich seit der Verhandlung im Juni v. J. fast gar nicht verändert; er ist noch etwas schmächtiger geworden, sein verträumtes Gesicht zeigt etwas kräftigere Züge, wie früher. Als Zeuge ist nur Oberaufseher Wildgrube anwesend, als Sachverständige sind Sanitätsrat Dr. Passauer, praktischer Arzt Dr. Karst-Potsdam und Medizinalrat Professor Dr. König zur Stelle. Die Anklage lautet auf Mord. Auf Befragen erklärt der Angeklagte mit fester Stimme, daß er 1876 in Nowawes geboren und verheiratet sei. Seine Eltern leben noch. Er hat zuletzt Gotzkowskystr. 10 in Berlin gewohnt und ist mehrfach vorbestraft. Im Jahre 1895 hat er ein Bett gestohlen und ist mit 1 Woche Gefängnis bestraft worden, in Hamburg erhielt er wegen Unterschlagung 2 Wochen, im Jahre 1897 in Berlin wegen schweren Diebstahls 6 Monate Gefängnis. Auf weiteres Befragen erklärt der Angeklagte ohne viel Besinnen, daß er weit in der Welt herumgekommen sei, u. a. auch nach Kopenhagen und London, wo der Hypnotiseur Prof. Smith Vorstellungen gab und ihn als Medium benutzte. Er hatte 22 Geschwister, von denen außer ihm nur noch ein 7jähriger Bruder lebt. Die übrigen Geschwister sind gestorben, teilweise an Krämpfen. Nach seiner Konfirmation hat er bei seinem Vater, der Töpfermeister ist, gearbeitet. Nach seiner ersten Vorstrafe hat sein Vater seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt und auch er ist dann nach Berlin gezogen. Er hat vorübergehend in der Löweschen Fabrik gearbeitet und ist in Moabit bei dem Bäcker Kroschke Portier gewesen. Durch Inserat in Berliner Zeitungen bot er sich zum Kartenlegen und Wahrsagen an. Er wollte, wie er sagt, eine Nebenbeschäftigung haben. Die Kunst habe er von seiner noch lebenden Großmutter gelernt, zu der immer sehr viel Soldaten und Mädchen gekommen seien, um sich Karten legen zu lassen. Der Vorsitzende hebt sodann in großen Zügen die Hauptmomente aus dem

Verkehr des Angeklagten

mit der ermordeten Bergner hervor und der Angeklagte giebt auf alle Fragen deutliche und klare Antworten, welche zeigen, daß sein Erinnerungsvermögen völlig ungetrübt ist. Seine ganze Haltung ist völlig unbefangen, bei seinen Antworten gestikuliert er lebhaft mit den Händen und wenn er ungeduldig wird, gefällt er sich in Zwischenrufen wie „Gewiß!", „Versteht sich!", „Natürlich!", „I bewahre!" Was das Zauberzeichen betrifft, welches sich auf seinen Briefen an die Bergner vorfindet, so erklärt er, daß er dieses Zeichen von seiner Großmutter habe. Richtig sei es, daß er von der Berger mehrfach Geld erhalten und mit derselben Lotterie gespielt habe. Die Glücksnummer habe er berechnet aus dem Alter der Person selbst, aus dem Alter des Vaters und der Mutter und aus der Zahl der Hauptlinien der Hand. Die daraus gewonnene Zahl ergebe die Nummer des Loses, welches man sich dann durch Sympathie beschaffen könne. — Präs.: Sie haben bei Ihren Zaubereien allerlei Räucherungen vorgenommen und Mixturen zusammengebraut. Wollen Sie sagen, woraus die letzteren bestanden? — Angekl.: Warum soll ich das nicht sagen? Sie bestanden aus Weihrauch, Myrrhen, Stechblätter und essigsaurem Natron. — Der Vorsitzende geht dann auf das Verhältnis des Angeklagten zu dem Diener Just ein, der bekanntlich verheiratet ist, aber trotzdem durch die Kunst des Angeklagten gern mit weiblichen Personen Liaisons anknüpfen wollte. Auch von diesem hat der Angeklagte wiederholt Geld erhalten und ihm verschiedene Mittel gegeben, die aber nichts geholfen haben. — Präs.: Haben Sie nicht dem Just auch ein Pulver gegeben, welches er auf die Treppe streuen sollte. Das bestand ja wohl aus Thonerde? — Angekl.: Ach Unsinn! — Präs.: Hören Sie, Angeklagter, betragen Sie sich hier bescheiden und anständig! — Angekl.: Ja was soll ich weiter dazu sagen? Just hatte keinen Erfolg, weil er jedenfalls die Anweisungen nicht richtig befolgte. — Präs.: Sie haben ja wohl verschiedene

Zauberbücher

gehabt, in denen Sie studiert haben wollen. — Angekl.: Ja wohl. Unter andren: „Das Herz des Menschen" und „Der Zaubersalon Bellachinis II." — Präs.: Just soll Ihnen dann auch noch Bücher gegeben haben. Welche waren das? — Angekl.: „Das große Sympathiebuch", „Der Höllenzwang von Cyprian", „Grundlicher Unterricht zum Höllenzwang, von Dr. Faust", „Kabale und Liebe, Handbuch des Dr. Faust". — Präs.: Alle Ermittelungen nach diesem letzteren Buche sind vergeblich gewesen. Es wird bestritten, daß es überhaupt existiert. Just hat außerdem unter seinem Eide bestritten, es Ihnen gegeben zu haben. — Angekl.: Ja, er hat's bestritten! Warum auch nicht? Er hat gewiß Angst, weil man mich nun gefaßt hatte, und dachte vielleicht, er kriegt auch Strafe! — Präs.: Haben Sie denn aus den Büchern etwas gelernt? — Angekl.: Natürlich habe ich aus den ganzen Büchern schrecklich viel gelernt. — Präs.: Sie haben nun mit Just in Ihrer Küche allerlei Räucherungen vorgenommen. Welche Vorbereitungen gehörten dazu? — Angekl.: Es mußte alles ganz ruhig und still sein, das Zimmer mußte ganz dunkel sein, bis auf eine magische Flamme, die aus Weinessig und Alaun bestand. — Präs.: Sie gebrauchten auch noch ein Zauberwasser? — Angekl.: Das hatte sich Just anfertigen lassen, um den Zauberkreis damit zu ziehen. — Präs.: Das Messer enthielt auch noch drei Buchstaben. Was bedeuteten diese? — Angekl.: Das waren drei Geister, die

Fürsten der Pygmäen.

Präs.: Was sind denn Pygmäen? Haben Sie solche schon 'mal gesehen? Kann man sie greifen? — Angekl.: Natürlich habe ich sie schon gesehen. Das ist so, als ob man, wenn man über eine Wiese geht, Nebel aufsteigen sieht. — Präs.: Was haben denn die Pygmäen für eine Bedeutung? — Angekl.: Die Pygmäen haben die Schätze der Erde unter sich und wenn man sie durch Zauberformeln citiert, so gewinnt man Macht über sie und sie müssen die Schätze aus der Erde bringen, die man haben will. — Präsident: Bei Just hat aber Ihr Zauber gar nichts geholfen. Sie haben auch, wie die Beweisaufnahme das vorige Mal ergeben hat, auch bei anderen Personen gar nichts geleistet. — Angekl.: O gewiß, ich habe viel geleistet. Die Leute sind doch gekommen und sind wieder gekommen und haben sich bedankt. Natürlich, wenn sie hier vor Gericht kommen und es sind so viele Zuhörer da, dann genieren sie sich und sagen, es hat nichts geholfen. Meine Großmutter betreibt doch schon seit so vielen Jahren das Geschäft und die Leute kommen noch immer zu ihr, also muß es doch helfen! — In aller Ausführlichkeit und in voller Uebereinstimmung mit seinen früheren Aussagen schildert der Angeklagte alsdann die bekannte Beschwörungsscene, die er unter Assistenz seines Pflegesohns Bruno Misch mit der Bergner am 21. März 1900 am Teufelssee aufgeführt hat. Er erzählt, wie er zu der Beschwörung die aus einer Maskengarderobe entnommene Mönchskutte und Maske mitgenommen, das außerdem eine Räucherschale dazu gehörte, daß außerdem Just aus der Scheringschen Apotheke Strychnin und Blausäure besorgen mußte, die zur Zauberei gehörten. Angeblich sollte Just mit nach dem Teufelssee, da er das Herz der Bergner erringen sollte, Just war aber zu seinem Glücke am Erscheinen verhindert. Er erzählt, wie die Bergner zunächst eine Vorbeschwörung machen mußte, die darin bestand, daß sie allerlei Zauberformeln sprechen, siebenmal hin und her gehen und dreimal niesen mußte. Dann kam der weitere Spuk mit der Mönchskutte. Der Angeklagte braute alsdann seinen

Zaubertrank,

dessen Zusammensetzung er angeblich aus jenem nicht existierenden Zauberbuch entnommen haben will. Da Blausäure und Strichnin Gifte seien, habe er als Gegengift Heidekraut, Fichtenharz und Kieferrinde zugethan und den Zaubertrank in dieser Form der Bergner gereicht. Er giebt zu, daß diese davon getrunken und dann umgefallen sei. Er habe dann eine fürchterliche Angst bekommen, habe das Portemonnaie der Bergner und ihre Schlüssel genommen und sei mit dem Bruno Misch nach Berlin geeilt. Bekannt ist, daß er dann in die Bergnersche Wohnung gegangen, dort Geld und Sachen, die er versetzte, gestohlen hat und schon einen Möbelwagen bestellt hatte, um die gesamten Möbel der Bergner wegzubringen. Er ist dann schließlich von Berlin nach Dalmin, dem Wohnort seiner Eltern gegangen und später verhaftet worden. Der Präsident hält ihm wiederholt vor, ob er denn gar keine Gewissensbisse gehabt habe, als er die Bergner so hilflos liegen ließ und ob er denn gar nicht gedacht habe, daß er einen Diebstahl an deren Sachen beging. Der Angeklagte erklärt, daß er sich dabei nichts gedacht habe. — Der Vorsitzende läßt noch einen

Brief des Angeklagten

an seinen Verteidiger Justizrat Aßmy vom 15. Februar d. J. verlesen. Er bittet darin um Auskunft, wann denn eigentlich Termin sei und beklagt sich, daß er der Gegenstand von allerlei Chikanen sei: „Ich hatte ein Abenteuer, welches so recht zeigt, wie man gegen mich vorgeht und was das für Menschen sind, die mir hier nachstellen. Da kamen neulich ein Dutzend Männer zu mir herein, sagen, meine Frau und mein Kind sei da, statt dessen ziehen sie mich aus und legen mich in Ketten wie ein wildes Tier. Ich möchte den Antrag stellen, daß ich doch zu meinen lieben Eltern gehen kann aufs Land, zu meiner Frau und meinem lieben Kinde, wo ich doch so schön leben kann, ach, so glücklich, ach so frei! Ich halte es nicht mehr aus, ich sterbe vor Sehnsucht nach meiner Frau und meinem Jungen. Ich hatte den Antrag gestellt, mich zu meiner Frau zu lassen, damit unser Geschlecht nicht aussterbe. Aber, denken Sie, man hat es erlaubt? I bewahre! Und dann das schlechte Essen! Nicht einmal des Morgens Kaffee! Stellen Sie den Antrag, daß man mich abholt nach Dalmin, wo ich meinem Vater so schön helfen kann! Aber man will mich nur dumm machen 2c. 2c. — Präs.: Weshalb lag Ihnen denn so sehr an einer Fortpflanzung Ihres Geschlechts. — Angekl.: Weil ich doch von besserer Abstammung bin. — Präs.: Wie so? — Angekl.: Ich habe mal ein Gespräch zwischen meinen Eltern belauscht, woraus ich sah, daß die Familie aus Polen stammt und gräflich ist. — Präs.: Wie sollten denn die Eltern eigentlich heißen? — Angekl.: von Janicowska. — Präs.: Haben Sie sich nicht auch an das Heroldsamt gewendet? — Angekl.: Ich habe öfter an den Kaiser geschrieben, daß mein Adel anerkannt werde, ich sollte aber Papiere beibringen, und diese gab mir mein Vater nicht.

Das Inquisitorium wird hiermit beendet.

Der als Zeuge vernommene Oberaufseher Wildgrube wird über das Verhalten des Angeklagten im Potsdamer Gefängnis vernommen. Der Angeklagte war in der Zeit vom 7. November bis 18. Dezember in der Charité und ist dann wieder in das Potsdamer Gefängnis übergeführt worden. Er hat dort dreimal Anfälle gehabt, die der Zeuge aber nicht selbst gesehen hat. Schließlich haben seine Mitgefangenen gesagt: „Wir werden uns doch nicht länger von Dir kujonieren lassen" und sie haben ihm eins ausgewischt. Darauf habe er keine Anfälle mehr gehabt. Er habe dann auch auszubrechen versucht, indem er den Ofen abbrach. Als man ihm, dem Zeugen, dies gemeldet und er in die Zelle hineinwollte, habe er die Thür nicht aufmachen können und Jänicke habe auf die Aufforderung, zu öffnen, geantwortet: „Ich habe Besuch!" Er sei erst durch eine List bewogen worden, zu öffnen, indem die Mitgefangenen ihm vorredeten, daß seine Frau da sei.

Vom Wert der Sachverständigen-Urteile.

Erster wissenschaftlicher Gutachter ist Medizinalrat Dr. König, Oberarzt der Irrenanstalt in Dalldorf und Mitglied des Medizinalkollegiums. Er berichtet von den absurden Ideen, denen der Angeklagte nachjage, von den krampfhaften Zuständen, zu denen er neige und von seiner Behauptung, gräflicher Abstammung zu sein. Jänicke versicherte dabei, daß ihn selbst nichts an dem gräflichen Titel liege, daß es ihm aber wegen seines Sohnes darum zu thun sei. Ob er sich wirklich an das Civilkabinet gewendet oder ob er sich dies bloß einbilde, habe nicht festgestellt werden können. Das Civilkabinett habe auf Anfrage erwidert, daß ein Mann Namens Jänicke eine Eingabe dieser Art nicht gemacht habe. Jänickes Gedankengang gehe dahin: Man benutze den „Unglücksfall" — wie er die Affaire vom Teufelssee bezeichne — dazu, um ihn unschädlich zu machen und da man ihn nicht verurteilen könne, sei die Staatsanwaltschaft von oben her instruiert worden, ihn verrückt zu machen. Aufgebaut auf seinem Schwachsinn habe sich der Angeklagte ein völliges Wahnsystem gebildet und es liege kein Grund vor, an der Richtigkeit dieses Wahnsystems zu zweifeln, d. h. ihn für einen Simulanten zu halten. Der Angeklagte zeige das typische Bild eines chronischen Geisteskranken, eine Simulation sei ausgeschlossen, denn selbst wenn er ein noch so guter Schauspieler wäre, würde er die geistige Anstrengung, welche zur Hervorrufung dieses Bildes gehörte, nicht aushalten. Er thue so, als ob er eigentlich der Ankläger wäre. Er leide an einer scharf ausgebildeten

Paranoia chronica

und im wissenschaftlichen Sinne sei er nicht verhandlungsfähig. Mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit sei er auch schon zur Zeit der That geisteskrank gewesen. — Präs.: Dem Herrn Sachverständigen dürfte bekannt sein, daß in neuerer Zeit die Ansichten der Psychiater sich nicht immer mit den Ansichten der Gerichte im Einklang befunden haben. Hält der Herr Sachverständige trotzdem an seinem Gutachten fest, ist es geschlossen und enthält es keine Lücke, oder sind noch Maßregeln notwendig, um das Gutachten nach dieser oder jener Seite zu sichern? — Med.-Rat Dr. König: Die Krankheit des Angeklagten ist so typisch, daß gar kein Zweifel obwalten kann. — Präs.: Das Medizinalkollegium hat in seinem Gutachten gesagt, daß kein Schatten eines Zweifels vorhanden sein könne, daß der Angeklagte zur Zeit geisteskrank und nicht verhandlungsfähig ist und auch zur Zeit der That geisteskrank war. — Dr. König: Der Angeklagte habe, von falschen Prämissen ausgehend, ein ganzes Wahnsystem logisch entwickelt. Mit großer Wahrscheinlichkeit sei er auch zur Zeit der That schon verrückt gewesen, denn diese Form der Krankheit bilde sich nicht von heute zu morgen aus.

Sanitätsrat Dr. Passauer schließt sich dem Vorgutachter dahin an, daß der Angeklagte jetzt

nicht verhandlungsfähig

ist. Bezüglich der Vergangenheit stehe er auf anderm Standpunkte. Nachweisbare Wahnideen haben früher nicht bestanden. Die jetzige chronische Verrücktheit sei wohl entstanden auf dem Boden einer entarteten Anlage, begünstigt durch die Haft und durch seine Beobachtung in der Abteilung der Charité für Geisteskranke. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich der Angeklagte in der Charité im Verkehr mit Geisteskranken psychisch angesteckt habe. — Medizinalrat Dr. König hält letzteres für ausgeschlossen; eine solche psychische Ansteckung komme zumeist in Familien vor.

Sachverständiger Dr. Karst ist mit dem Angeklagten schon im Jahre 1895 in Berührung gekommen.

Er hat Bedenken, dem Gutachten der Sachverständigen beizutreten und hält ihn für verhandlungsfähig. Nach seiner Meinung habe der Angeklagte in Berlin simuliert. 1895 habe er ihn

keineswegs geisteskrank

befunden, sondern eine gute Portion von List und Verschlagenheit an ihm entdeckt und die Fähigkeit, sehr schnell aufzufassen und zu überlegen. Schlauheit, Hinterlist, Verlogenheit, ein Stück Brutalität und Betrugssinn, das seien die hauptsächlichsten Charaktereigenschaften dieses raffinierten Menschen. Jänicke wisse ganz genau, was im vorigen Jahre mit ihm passiert und welches verhängnisvolle Urteil gegen ihn gefällt worden sei, und so greife er nach dem letzten Rettungsanker, dem Irrenhaus, und nehme nun alle Kräfte zusammen, um zu täuschen. Er simuliere. Das beweisen u. a. gerade die Briefe, die er geschrieben und die den haarsträubendsten Blödsinn enthalten. Ein Mensch, der solch' vielseitigen Unsinn schreibe, müßte, wenn er ihn als Geisteskranker geschrieben hätte, von jedem Laien sofort als solcher erkannt werden, was bei dem Angeklagten keineswegs der Fall sei. Nach seiner vollen Ueberzeugung sei Jänicke ein perfekter Phantast, ein perfekter Betrüger. Der Sachverständige resumiert sich dahin: Ob Jänicke zur Zeit geistesgesund und verhandlungsfähig sei, wolle er nicht mit Bestimmtheit entscheiden, obwohl er es glaube. Dagegen habe er die feste Ueberzeugung, daß Jänicke zur Zeit der That geistesgesund und ein betrügerischer Verbrecher war.

Die Beweisaufnahme wurde hierauf geschlossen.

Erster Staatsanwalt Wagner beantragt die vorläufige Einstellung des Verfahrens und die Ueberweisung des Angeklagten an eine Irrenanstalt. Wenn auf Grund der längeren Beobachtungen dort sich herausstellen sollte, daß der Angeklagte doch ein schlauer Simulant ist, so würde es später möglich sein, das Verfahren wieder aufzunehmen.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Friedländer schloß sich bezüglich des augenblicklichen Geisteszustands des Angeklagten durchaus der Ansicht des Staatsanwalts an, meinte aber, daß mit einer vorläufigen Einstellung des Verfahrens dem Angeklagten nicht sein volles Recht werde.

Die Verhandlung vertagt.

Nach kurzer Beratung seitens des Gerichtshofs verkündete der Vorsitzende: Nach Ansicht des Gerichts ist die Sache noch nicht so weit vorbereitet, um in dieser oder jener Hinsicht den Geschwornen eine Frage vorzulegen. Der Gerichtshof glaubt, daß noch nicht völlige Aufklärung darüber geschaffen ist, ob Jänicke gegenwärtig geisteskrank ist und zur Zeit der That geisteskrank war, es sind in dieser Beziehung vielmehr noch erhebliche Zweifel übrig geblieben. In Hinsicht auf die Wichtigkeit der Sache hat der Gerichtshof beschlossen, ein Obergutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen darüber einzuholen, ob der Angeklagte verhandlungsfähig ist und ob er zur Zeit der That in einem Zustande der Geistesverwirrung sich befunden habe, die seine freie Willensbestimmung ausschloß.

Die Verhandlung, welcher vorübergehend auch der Landgerichts-Präsident v. Limpius und der Oberstaatsanwalt Dr. Wachler beiwohnten, war hiermit beendet.

Unmittelbar nach Schluß der Sitzung wurde Jänicke von zwei Transporteuren wieder nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit übergeführt.

Lokales.

Zauberbücher.

Die Tragödie vom Teufelssee ist nunmehr dadurch in eine neue Phase gerückt, daß der des Mordes angeklagte Jänicke wohl für geisteskrank erklärt werden und somit vor der früher ausgesprochenen Todesstrafe bewahrt bleiben muß. Damit ist die Ursache des Falls Jänicke, der schauderhafte Aberglaube, der in Berlin nicht minder wuchert wie in ländlichen Gefilden, allerdings nicht aus der Welt geschafft. Wenn so thörichte Weiber, wie die durch Jänicke einem besseren Jenseits zugeführte Luise Bergner, auch nicht alle Tage vorkommen, so ist das Vertrauen in Sympathie- und Zauberwerke dennoch nicht minder verbreitet, wie der Glaube an Kartenlegen und Bleigießen. Wie diese Künste vor allem in Berlin ein stattliches Heer von klugen Frauen und Männern in Nahrung setzen, so hat der Aberglaube auch eine eigne Litteratur, die zwar durch die besseren Sortimentsbuchhändler wohl kaum vertrieben wird, jedoch für einen Teil des Kolportagebuchhandels außerordentlich wichtig ist und neben dem Vertrieb der Schauerromane ihm die besten Einnahmen liefert. Denn die minder skrupulösen Kolporteure empfangen durch den außerordentlich hohen Profit, den der Vertrieb der Zauberbücher abwirft, einen Anreiz, gerade diese Sorte Litteratur unterzubringen, und so stehen auch hier Dummheit und Gewinnsucht in Wechselwirkung zu einander. Es kommt bei der noch fromm der Religion anhangenden Landbevölkerung des ferneren in Betracht, daß die erwähnte Schundlitteratur sich zum großen Teil mit dem Schein der kirchlichen Approbation spreizt und so die Befürchtung zu verwischen sucht, als ob etwa die Religion der Wunderthäterei nicht grün wäre.

Um ein Spiegelbild vom wuchernden Aberglauben zu geben, wollen wir aus dem Katalog einer gar nicht einmal unbekannten Berliner Großbuchhandlung einige der verbreitetsten Werke herausgreifen.

Da ist zunächst das bekannteste, das sechste und siebente Buch Mosis, gebunden mit drei Siegeln. Im Katalog ist besonders vermerkt, daß dies Buch sehr stark verlangt wird. Der Verkaufspreis des Buches beträgt 7,50 M., der Kolporteur erhält es für 1,50 M.

Ein ähnliches Werk, „Die große Mosis-Bibel", das ist das sechste und siebente Buch Mosis oder der magisch broschierte Hausschatz, nach einer uralten Handschrift broschiert," kostet ebenfalls 7 Mark 50 Pf., die Großbuchhandlung läßt es dem Wiederverkäufer für 1 Mark ab. „Die 90 Geheimnisse oder Mittel für jedermann in landwirtschaftlichen und häuslichen Verhältnissen" kosten 1 Mark, der Kolporteur zahlt — 8 Pf. für das Buch. Die „Geheime Kunst-Schule magischer Wunderkräfte, oder das Buch der wahren Praktik in der uralten göttlichen Magie, wie sie durch die heilige Cabbala und durch Elohym mitgeteilt worden ist" wird für 30 Pf. abgelassen, der Verkaufspreis ist 1 Mark.

Sehr groß ist die Auswahl der religiös gefärbten Schundlitteratur. Eines heißt: „Der wahre Geistliche Schild, so vor 300 Jahren von dem heiligen Papst Leo X. bestätigt worden, wider alle gefährliche und böse Menschen sowohl, als aller Hexerei und Teufelswerk entgegengesetzt. Darinnen sehr kräftige Segen und Gebete, so teils von Gott offenbart, teils von der Kirche und heiligen Vätern gemacht und approbiert worden. Nebst einem Anhang heiliger Segen, zum Gebrauch frommer Christen, um in allen Gefahren, worin sowohl Menschen als Vieh oft geraten, gesichert zu sein."

Sechs Mark sind als regulärer Preis für ein Buch mit so vertrauenerweckendem Titel nicht zuviel und dem Kolporteur sind die vier Mark Verdienst, die er daran hat, wohl zu gönnen.

„Ein schöner und wohl approbierter Heiliger Segen zu Wasser und zu Land wider alle seine Feinde, so ihm begegnen auf allen seinen Wegen und Stegen, zum Gebrauch frommer Christen, um in allen Gefahren, worin sowohl Menschen als Vieh oft geraten, gesichert zu sein", kostet dem Laien nur eine Mark, dem Verkäufer dreißig Pfennig. Gleichen Preis haben die Werke „Geistliche Waffe oder: Heiliges und kräftiges Schutzmittel gegen alle sichtbaren und unsichtbaren Feinde des menschlichen Heiles" und die „Geistliche Schild-Wacht, darinnen Einer alle Stund einen besondren Patron erwählen kann", ebenso das „Romanus-Büchlein oder Gott der Herr bewahre meine Seele, meinen Aus- und Eingang; von nun an bis in alle Ewigkeit. Amen. Hallelujah", sowie die „Engels-Hilfe zu Schutz und Schirm in großen Nöten".

Welche Geldsummen zum Teil für solche Art Bücher geopfert werden, zeigt ein Werk, das unter dem folgenden Titel angepriesen wird: „Das Buch Jezira älteste kabbalistische Urkunde! Kabbala denudata! Staunenerregend! Dieses mit

13 Originalsiegeln verschlossene Buch enthält die Offenbarungen aus den Büchern Moses und ist das Geheimnis aller Geheimnisse. Einzig in seiner Art."

Für dies einzigartige Buch mit 13 Originalsiegeln hat der Käufer bare 25 M. zu zahlen, dem Kolporteur kostet es 5 M.

Daß eine solche Litteratur nicht allein Absatz findet, sondern dem Anschein nach auch ziemlich weit verbreitet ist, mag den Freund der Volksbildung und des geistigen Fortschritts tief betrüben. Aber auch hier gilt das Wort, daß Geld nicht riecht; und die Buchhandlungen, die dem verrücktesten Aberglauben um des hohen Geldgewinns willen Vorschub leisten, haben ein Vorbild an Herrn Campe, dem Verleger von Heines Werken. Als Herrn Campe einst von guten Freunden bedeutet wurde, daß der Kampf für Licht und Freiheit wenn auch nicht dem Dichter, so doch dem Verleger ein gutes Stück Geld einbringen müsse, antwortete er lakonisch, daß nicht Heine, sondern der fromme Glaube ihn zum reichen Mann gemacht habe. Dann führte Campe die Zweifler in ein apartes Geschäftszimmer, wo Unmassen von blöden Heiligen- und Höllengeschichten aufgestapelt lagen, die in spanischer Sprache gedruckt und grellbunt mit dem Abbild des höllischen Feuers illustriert, für Südamerika bestimmt waren. Das sei seine Goldquelle.

Heute, vierzig Jahre später, brauchen wir nicht mitleidig nach Südamerika zu blicken. Auch bei uns wuchert noch der schlimmste Aberglaube. Wie die Regierung des Staats der Intelligenz sich zur Verbreitung der geschilderten Litteratur stellt, wissen wir nicht. Wohl aber ist uns bekannt, daß sie vielfach die Gewerbe-Ordnung benutzt, um das sicherste Gegenmittel gegen den gedruckten Aberglauben, nämlich eine Anzahl der besten naturwissenschaftlichen und freigesinnten Schriften und Bücher für den Kolportagehandel zu verbieten, weil diese Schriften — im socialdemokratischen Verlag erschienen sind!

Der Kampf um das „Gotteshaus". Der Ausschuß der Landesversicherungs-Anstalt Berlin hat in seiner Sitzung am Dienstag der Vorlage des Vorstands über den Ankauf eines 300 Quadratruten großen Grundstücks am Köllnischen Park (gegenüber dem Neubau des Märkischen Provinzialmuseums) für den Zweck der Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes zugestimmt. In derselben Sitzung gab die Vorlage des Vorstands wegen Bewilligung von 52 000 M. für den Bau eines „Gotteshauses" auf dem Heilstätten-Grundstück Beelitz wieder zu lebhaften Erörterungen Anlaß. Wie erinnerlich wurde seiner Zeit die grundsätzliche Frage, ob überhaupt eine Kirche errichtet werden sollte, mit sämtlichen Stimmen der Arbeitgeber gegen sämtliche Stimmen der Arbeitnehmer durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden des Ausschusses, Kommerzienrats Richard Rösicke, bejaht. Ohne sich an diese grundsätzliche Entscheidung zu kehren, versuchten die Vertreter der Arbeiter, die Vorlage des Vorstandes, welche die Bewilligung der Bausumme verlangte, zu Fall zu bringen. Hierüber kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und dem Vorsitzenden des Vorstands Dr. Freund, der insbesondere den Arbeitervertretern das Recht absprach, im Namen der gesamten Berliner Arbeiterschaft zu sprechen. Die Vorlage wurde schließlich wieder mit Stimmengleichheit — neun Stimmen der Arbeitgeber gegen 9 Stimmen der Arbeiter — durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden, Direktors Rösicke angenommen.

Der Beschluß, eine Kirche in Beelitz zu bauen, sollte namentlich von denen bedauert werden, die aufrichtig die Erhaltung der etwa noch vorhandenen Religion wollen. Sieht man von der Rolle der geistlichen Gendarmerie ab, in der Kapitalistenpfaffen à la Hülle Christentum und Staatsordnung diskreditieren, so hat wohl keine Erscheinung die arbeitende Bevölkerung mehr gegen die Kirche eingenommen als die bekannte Art Kirchenbauerei des letzten Jahrzehnts, die offen vor aller Welt von Kapitalisten jüdischer und christlicher Provenienz um des Knopflochs willen gefördert wurde. Wir geben rückhaltlos zu, daß die Absichten der Herren Dr. Freund und Rösicke durchaus lauterer Natur sind, aber dennoch hätten sie bedenken sollen, daß durch den Bau eines Gotteshauses gegen den Willen derer, für die das Institut bestimmt ist, der Religion ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird. Und daran, daß die Arbeitervertreter die Meinung der erdrückenden Mehrheit der Berliner Versicherten zum Ausdruck gebracht haben, werden auch die Herren Dr. Freund und Rösicke wohl nicht zweifeln, mögen sie die Doktorfrage, ob die offiziellen Vertreter im Namen der gesamten Arbeiter zu sprechen ein Recht haben, auch noch so lange nutzlos in die Diskussion ziehen.

Ueber den freisinnigen Mamesstolz vor Königsthronen spottet die „Kreuz-Zeitung": „Die „Berliner Zeitung" wundert sich darüber, daß Herr Virchow nicht schon längst den Orden „pour le mérite" für Wissenschaft und Kunst erhalten habe. Man sieht hier wieder einmal deutlich, wie schroff selbst bei den „zielbewußtesten" Freisinnigen Theorie und Praxis einander gegenüberstehen. Gerade die „Berliner Zeitung" findet sonst nicht genug Worte, um alles Titel- und Ordenswesen zu verspotten, aber so eine richtige Freisinnsgröße wie Herr Virchow kann nicht früh genug seinen Orden bekommen. Sehr freisinnig!"

Schon vor der „Kreuz-Zeitung" muß der deutsche Dichter die Natur des Berliner Freisinns erkannt haben, als er sang:

Es singt der Knecht ein Freiheitslied
Gern abends in der Schänke.
Das fördert die Verdauungskraft
Und würzet die Getränke.

Das Rabenaaslied keine Parodie. Unter diesem Titel meldet das „Wiesbadener Tageblatt": Von einem unsrer Leser, dessen Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen wir keine Veranlassung haben, wird uns geschrieben: „Unter Bezugnahme auf den Artikel in Nr. 287 Ihres geschätzten Blattes, in welchem mitgeteilt wird, daß von dem Generalsekretariat der freien kirchlich-socialen Konferenz in Berlin ein Preis von 100 M. ausgesetzt ist für denjenigen, welcher den Rabenaasvers in einem evangelischen Gesangbuch nachweist, und in welchem als erwiesen angenommen wird, daß der Rabenaasvers eine Parodie sei, beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Vor mehr als 30 Jahren wurden in den Bodenräumen meines elterlichen Hauses in L. einige Bücher aus der Ecke gezogen, welche aus dem Nachlasse meines Urgroßvaters, Pfarrers H., welcher zu Ende des 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts zu M. im Amte war, herrührten. Unter diesen Büchern befand sich auch ein evangelisches Gesangbuch mit dem Rabenaas-Liede. Einen Teil dieses Liedes habe ich ziemlich genau im Gedächtnis behalten, weil ich ihn oft citiert habe. Er lautet:

Ich bin ein altes Rabenaas,
Ein alter Sünderlümmel,
Der seine Sünden in sich frißt,
Gleich wie das Roß den Kümmel.

Herr, nimm mich Lumpenhund beim Ohr,
Werf mir den Gnadenknochen vor
Und zieh mich Sündenlümmel
In Deinen Gnadenhimmel.

Wo das Buch hingekommen ist, weiß ich nicht. Ein Teil der Bücher wurde damals einem Geistlichen, Herrn B., übergeben, welcher zur Zeit noch in L. im Amt ist. Ob das Gesangbuch darunter war, kann ich nicht mehr angeben. Da aber nicht anzunehmen ist, daß dieses das einzige noch existierende Buch mit dem Rabenaas-Liede ist, so könnten die Herren Lic. Mumm und P. Böhme vielleicht doch noch in die Lage kommen, den Preis von 100 M. zu zahlen."

Das medicomechanische und hydrotherapeutische Institut, mit dessen Errichtung im Augusta-Hospital im vergangenen Jahre begonnen wurde, ist jetzt fertig und in Betrieb genommen. In einem besonders für diesen Zweck aufgeführten Neubau ist ein geräumiger Saal mit den verschiedensten Apparaten für die medicomechanische Behandlung nach Zander: Ruder-, Klimmzug-, Turnübungen usw. ausgestattet, ebenso für die Fränkelsche Behandlung der Tabes. Im Erdgeschoß ist ein größerer Saal für Douchen verschiedener Art eingerichtet, mehrere kleine Räume für permanente Bäder, fließende Bäder und Sandbäder sowie für einen Tallermannschen Apparat, so daß auch nach dieser Richtung allen Anforderungen der Neuzeit entsprochen werden kann. Für die Benutzung der Apparate und Bäder wird von den Anstaltskranken erster und zweiter Klasse eine mäßige Gebühr erhoben, während die Patienten dritter Klasse sie frei haben. Kranke, die nicht im Augusta-Hospital behandelt werden oder nach ihrer Entlassung aus der Anstalt einer Nachbehandlung bedürfen, zahlen für die medicomechanische und hydrotherapeutische Behandlung 50 Pf. für jede Sitzung. Die Krankenkassen sind von diesen Einrichtungen in Kenntnis gesetzt worden.

Das Provinzial-Schulkollegium verlangt von den Kommunalbehörden eingehende Auskunft über die Art und Zeit der Reinigung sämtlicher dem Unterricht dienenden Schulräume. Demgemäß sind die hiesigen Schulrektoren aufgefordert worden, folgende Fragen zu beantworten: „Wie oft wird der Staub aufgenommen oder wie oft wird naß oder mit Sägespänen gefegt? Wie oft wird naß aufgewischt? Wann werden die Fenster geputzt? Wie oft und zu welcher Zeit im Jahre findet außerordentliche gründliche Reinigung statt? Wird Sternolith, Dustleß oder ein ähnliches Reinigungsmittel gebraucht? Werden bei den Reinigungen die Bänke bewegt oder nicht? Sind die Kleiderriegel auf den Korridoren oder in den Klassen angebracht? Wie viel Spucknäpfe sind vorhanden und womit sind sie gefüllt? Wie hoch ist die Dienstaufwands-Entschädigung für den Schuldiener? Endlich ist die Zahl der Unterrichtsräume, der Fensterflügel, der Fußkratzer usw. anzugeben." Diese Ermittelungen erstrecken sich auch auf die Zeichensäle, Korridore, Turnhallen und Aborte.

Auf Brandstiftung zurückgeführt wird ein großer Dachstuhlbrand, der Dienstag gegen Abend in der Dunckerstraße 87 das Dach des Vorderhauses total einäscherte. Bereits am letzten Sonntagabend war im selben Hause die Eingangsthür eines Grünkramkellers mit Petroleum begossen und angezündet worden, doch wurde damals das Feuer durch Hausbewohner zeitig bemerkt und gelöscht. Dienstagnachmittag wurde nun die stets unter Verschluß gehaltene Bodenthür offen vorgefunden und von Mietern wieder sorgfältig geschlossen. Als dann später von der Straße aus Feuerrufe laut wurden und man zum Boden eilte, stand die eisenbeschlagene Thür wieder offen, der Dachstuhl aber in hellen Flammen. Ersichtlich waren zwei Brandherde an den entgegengesetzten Enden des Dachbodens vorhanden, und da in dessen Kammern viel Gerümpel lagerte, das dem Feuer reiche Nahrung bot, so mußte sich die Feuerwehr auf Lokalisierung des Brandes beschränken, was auch nach längerem Wassergeben mit vier Rohren gelang. Bei den Löscharbeiten brach ein Wehrmann durch die Decke ins oberste Stockwerk, ohne sich indes ernsthaft zu beschädigen. Ein zweiter Feuerwehrmann zog sich Brandwunden an den Händen zu.

An den Pocken gestorben ist der 5 Jahre alte Sohn Konrad des Arbeiters Gebler am Nordhafen. Der Knabe erkrankte am Sonnabend vor acht Tagen und wurde am folgenden Tage in eine Anstalt gebracht.

Auch der Charlottenburger Polizeipräsident hat jetzt eine Verordnung in Sachen der Pockengefahr erlassen, die im wesentlichen dasselbe besagt, wie die Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidiums.

Die Genossenschaft des Verbands der Gast- und Schankwirte für Berlin und Umgegend hat gestern in ihrer zweiten außerordentlichen Generalversammlung zu Friedrichshagen mit großer Mehrheit beschlossen, die Brauerei „Müggelschlößchen" zu kaufen. Da sie die angekaufte Brauerei selbst betreiben will, so wurde der Vertrag der Genossenschaft mit der Brauerei Hohen-Schönhausen gelöst. Die Genossenschaft wurde vor einigen Jahren von sieben Gastwirten gegründet.

Die Persönlichkeit des angeblichen Juwelendiebes Ende ist nunmehr als diejenige des aus Berlin stammenden ehemaligen berufslosen Richard Wienke erkannt worden. Auf einem Korridor des Polizeipräsidiums, und zwar bei der Abteilung der Kriminalpolizei, befindet sich eine Holztafel, auf der die Photographien aller unerkannten zu ermittelnden Personen ausgehängt werden. Ein gestern auf dem Präsidium kommissarisch vernommener Mann erblickte das Bildnis des angeblichen Ende und erkannte in ihm den oben erwähnten Wienke, der allerdings begründete Ursache hatte, seine Personalien zu verheimlichen. Wienke ist wegen Eigentumsvergehens schon vielfach vorbestraft und hatte sich einer ihm vor einigen Jahren drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Amerika entzogen. Die weiteren Ermittelungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß Wienke, entgegen einer früheren Annahme, nicht Mitglied einer internationalen Räuberbande ist, sondern daß er von Fall zu Fall, selbständig oder mit einzelnen Komplicen, wie sie ihm der Zufall brachte, „arbeitete". Er hat, bevor er nach Berlin zurückkehrte, Einbrüche in Juwelengeschäften in London und Kopenhagen verübt.

Gram über die Krankheit seiner Frau, mit der er seit zehn Jahren in kinderloser Ehe lebte, hat den 40 Jahre alten früheren Krankenwärter Wilhelm Kaul in den Tod getrieben. Kaul war seit dem Tode eines alten Herrn, den er gepflegt hatte, zur Aushilfe im Postdienst beschäftigt. Seine Frau leidet schon seit 3 Jahren an der Leber und liegt seit einem halben Jahre im Krankenhause. Aus Gram nahm der Mann in seiner Wohnung Karlsbad 3 Opium und Mandelöl und wurde auf dem Sofa liegend tot aufgefunden.

Straßensperrungen. Die Kochhannstraße von der Petersburgerstraße bis zur Ebertystraße wird wegen Neupflasterung vom 27. d. M. ab für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Eine gleiche Sperrung tritt für die Bellevue-Allee vom Kemperplatz bis zum Spreeweg, ausschließlich der Kreuzung mit der Charlottenburger-Chaussee ein.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Nationalökonomie fällt heute abend aus. Die Vortragende ist am Erscheinen verhindert und wird das Versäumte in nächster Woche nachgeholt.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf soll jetzt eine Bezirkseinteilung gemäß § 60 der Städte-Ordnung erhalten. In ihrer nächsten Sitzung wird die Stadtverordneten-Versammlung über die Bezirksvorsteher-Ordnung zu beschließen haben. Nach § 7 des Entwurfs ist es Aufgabe der Bezirksvorsteher: 1. in ihrem Bezirk das öffentliche Eigentum der Stadt, als Grundstücke, Gebäude, Straßen, Plätze, Brücken, Brunnen, öffentliche Anlagen 2c. im Auge zu behalten, deren entdeckte Mängel oder Beschädigungen zur Kenntnis des Magistrats zu bringen, diesen auf etwa erforderlich werdende Reparaturen aufmerksam zu machen, bei vorhandenen Gefahren auch selber unverzüglich nach Kräften die nötige Abhilfe zu schaffen; 2. alle die Gemeindeverwaltung angehenden Aufträge des Magistrats, seiner Kommissionen und Deputationen pünktlich zur Ausführung zu bringen; 3. in den Angelegenheiten der öffentlichen Armenpflege nach Maßgabe der in dieser Beziehung erlassenen Armenordnung und Instruktion für die städtische Armenverwaltung mitzuwirken. — Die Stadt soll in 24 Ortsbezirke eingeteilt werden.

Der Entwurf einer neuen Armenordnung liegt ebenfalls vor. Im allgemeinen wird es danach bei der bisherigen Organisation der Armenpflege bleiben. Die Armendeputation bleibt oberste Instanz in allen Armenangelegenheiten. Indessen soll der Deputation die Beschlußfassung über Unterstützungsgesuche abgenommen und der Armenkommission übertragen werden. Vom 1. Oktober ab soll sich die Armendeputation nur mit principiellen und generellen Fragen der öffentlichen Armenpflege beschäftigen und in Bezug auf Unterstützungsgesuche letzte Instanz sein. Das Waisenratsamt wird noch in die Armenpflege eingefügt, den mit der Wahrnehmung dieses Amts betrauten Personen wird Sitz und Stimme in der Kommission verliehen.

Die Pflegeanstalts-Kommission, die wegen einer Differenz mit dem Magistrat einmütig ihr Amt niedergelegt hat, will der Magistrat nicht wieder erstehen lassen. Er hat beschlossen, bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen, die Deputation überhaupt aufzuheben und ihre Geschäfte der Armendeputation zu übertragen.

Reinickendorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde Genosse Schilling mit in die Kanalisations-Kommission gewählt und wegen der Kanalisationsarbeiten zur Information nach Münsterberg gesandt. Eine Verbindungsstraße zwischen der Berliner- und Eichbornstraße wurde unter den ortsüblichen Bedingungen genehmigt. Bei der Forderung von Mitteln zur Erwerbung von Schulgrundstücken machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß auf Veranlassung des Regierungs-Präsidenten von dem Kreis-Landrat eine Verfügung ergangen sei, wonach die Gemeinden gehalten sein sollen, schon jetzt die demnächst nötigen Gelände für Schulgrundstücke zu erwerben und die dazu nötigen Gelder aus einer Anleihe zu decken. Die Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg hat sich bereit erklärt, der Gemeinde eine Anleihe von 300 000 M. zu 4½ Proz. zu gewähren. Die Vertretung beschloß die Anleihe anzunehmen. Da sich die Ueberlastung der Schulräume und der Lehrer in der I. Gemeindeschule empfindlich bemerkbar macht und gegenwärtig von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr Schule gehalten werden muß, werden die Zustände für den Winter völlig unhaltbar, da in der Schule keine Lichtanlagen vorhanden sind und starker Zuzug zum Oktober bevorsteht. Die Schulkommission empfiehlt, aushilfsweise das Spritzenhaus in eine Schulklasse umzuwandeln. Die Vertretung genehmigte diesen Vorschlag und beauftragte den Vorstand, für die erforderlichen Terrainerwerbungen zu einem neuen Schulhause Sorge zu tragen. Gleichzeitig wurde beschlossen, für die dritte und vierte Gemeindeschule eine neue Lehrkraft einzustellen. Ferner wurden zur Erbauung eines Depotgebäudes in der Kopenhagenerstraße zur Unterbringung einer Spritze, der dazu gehörigen Wagen und Utensilien nebst einem Stall für sechs Pferde und einem Steigerturm 30 000 Mark bewilligt.

Die Gemeindevertretung von Tempelhof bewilligte in ihrer Sitzung vom 25. d. M. 1500 M. zur Beschaffung eines zweiten Sprengwagens und eines Straßenabfuhrwagens, sowie 500 M. für die notwendigen Utensilien. Für die Anstellung eines Straßenaufsehers als Gemeindebeamten wird das Gehalt nach der V. und VI. Beamtenkategorie festgesetzt, welches anfangs 1500 M. beträgt und in 10 Jahren auf 2200 M. inklusive Wohnungsgeldzuschuß und Kleidergeld steigt. Die Anstellung erfolgt außer Ortsstatut und auf vierteljährliche Kündigung. Für Straßenbauzwecke und den Erwerb eines Grundstücks zum Bau eines Armenhauses wird eine Anleihe von 200 000 M. beschlossen. Die Anleihe soll bei der Kreis-Sparkasse mit einer Verzinsung von höchstens 4 Proz. vorläufig aufgenommen werden. Wie der Gemeinde-Baumeister hierzu bemerkte, belaufen sich bis jetzt die Gesamtausgaben für den Ausbau der Berlinerstraße auf 1 120 000 Mark; Veranschlagt waren hierfür 1 260 000 M. Als eilige Sache wurde sodann eine Angelegenheit des Gemeindeverordneten Hahn auf Vorschlag des Gemeindevorstehers auf die Tagesordnung gesetzt. Der betreffende Gemeindevertreter verlangt für die Abtretung seines Vorgartens 1500 M., gestattet aber die Durchlegung von Röhren usw., wenn bis zum 15. Juli cr. das Enteignungsverfahren gegen ihn eingeleitet ist. Eine diesbezügliche Bescheinigung seitens des Gemeindevorstehers an den Adjacenten wird von der Versammlung gutgeheißen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen einer bestialischen Mißhandlung hatte sich gestern der Kutscher Walter Risch vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Als der 57jährige Webermeister Wunderlich in der Nacht zum 26. November vorigen Jahres mit seinem erwachsenen Sohn durch die Langestraße ging, bemerkten sie, daß der Angeklagte seinen Hund in der rohesten Weise züchtigte. Der junge Wunderlich sagte im Vorbeigehen zu seinem Vater: „Der arme Hund!" Diese Aeußerung veranlaßte den Angeklagten, dem jungen Wunderlich einen so furchtbaren Faustschlag gegen den Hinterkopf zu versetzen, daß der Geschlagene sich zweimal überschlug und besinnungslos auf dem Pflaster liegen blieb. Nun wandte der Wüterich sich ohne weiteres gegen den älteren Wunderlich. Diesen schlug er mit einem dicken Knittel zu Boden, dann sprang er auf dessen Körper und trat mit den Füßen auf den Wehrlosen herum. Nachdem er ihm dann noch einige Schläge mit dem Knittel gegen den Kopf versetzt, ergriff der Angeklagte die Flucht. Der alte Wunderlich blieb in einem bejammernswerten Zustande liegen. Durch die Fußtritte des Unmenschen war ihm der Knochen des rechten Oberschenkels zersplittert und gebrochen, außerdem hatte er schwere Kopfverletzungen erlitten. Nach dem Gutachten des Sachverständigen wird der Mißhandelte voraussichtlich Zeit seines Lebens ein siecher Mann bleiben. Der Staatsanwalt führte aus, daß bei der Schwere der That von mildernden Umständen keine Rede sein könne, er beantragte gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis.

Das öffentliche Interesse am Bergbau. Das Ober-Verwaltungsgericht hat anläßlich eines Rechtsstreits mehrerer Landwirte gegen einen Amtsvorsteher, der im Interesse einer Grubengesellschaft die Verlegung eines über deren Terrain führenden öffentlichen Weges angeordnet hatte, folgende Grundsätze aufgestellt: Auch alle volkswirtschaftlichen Interessen gehörten zu denjenigen Interessen, die bei einem Streit um eine wegepolizeiliche Anordnung berücksichtigt werden müßten. Wenn der Vorderrichter die Förderung des Bergbaues nicht als ein von der Polizei wahrzunehmendes öffentliches Interesse ansehe, dann beruhe diese Auffassung auf einer rechtsirrtümlichen zu engen Begrenzung des Begriffs. — Die Bedeutung gewisser großindustrieller Unternehmungen hebe dieselben offenbar über den Bereich privater Verhältnisse hinaus, und wenn sich die Polizei des Schutzes und der Förderung derselben durch Beseitigung entgegenstehender Hindernisse annehme, dann handle sie durchaus in den Grenzen ihrer Befugnisse, daß die Gewinnung der für die Lebensführung der Menschen nach den verschiedensten Richtungen hin unentbehrlichen Bodenschätze zu den hiernach von der Polizei wahrzunehmenden öffentlichen Interessen gehört, sei klar und finde seinen Ausdruck auch in der bezüglichen Gesetzgebung. Insbesondere sei zu verweisen auf die im größeren oder geringeren Umfange zugelassene Verleihung des Enteignungsrechts an die Unternehmer bergmännischer Betriebe. — Bei freier Beurteilung der Thatsachen kam nun das Gericht zu der Ueberzeugung, daß im vorliegenden Falle das Interesse des Bergbaues höher stehe, als das der klagenden Gutsbesitzer, weil hier die Ausbeutung eines beträchtlichen, reiche Kohlenschätze enthaltenden Landstreifens erst durch die Wegeverlegung möglich zu machen sei, wohingegen durch diese Maßregel den Klägern lediglich Unbequemlichkeiten oder Erschwerungen von minimaler Bedeutung für ihre landwirtschaftlichen Betriebe erwüchsen. Der Einspruch der vier Gutsbesitzer gegen die Wegeverlegung wurde endgültig verworfen.

Ein alter Sünder. Zumutungen unsittlicher Art gegen seine weiblichen Dienstboten führten gestern den 78jährigen Kaufmann Hermann Goldberg unter der Anklage der wiederholten Beleidigung vor die 131. Abteilung des Schöffengerichts. Der Polizei war es seit längerer Zeit aufgefallen, daß die Dienstmädchen bei dem Angeklagten außerordentlich häufig wechselten. Verschiedene von ihnen ließen bei der polizeilichen Abmeldung Aeußerungen fallen, wonach ihr früherer Dienstherr sie in unanständiger Weise behandelt habe. Als sich dies Ende April wiederholte, wurde das betreffende Mädchen veranlaßt, sich deutlicher

auszusprechen. Sie erklärte, daß Goldberger sie fortgesetzt mit unanständigen Redensarten belästigt habe. Es gelang der Polizei, noch zwei Mädchen zu ermitteln, welche im Verlauf der letzten drei Monate bei Goldberger gedient und gleiche Erfahrungen bei ihm gemacht hatten. Da es zu einem thätlichen Angriff gegen die Mädchen nicht gekommen war, so lautete die Anklage nur auf Beleidigung. Die Zeuginnen bestätigten insgesamt, daß der Angeklagte es liebte, sie durch unanständige Redensarten zu belästigen, bei dem hohen Alter desselben hätten sie aber nicht allzuviel Gewicht darauf gelegt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Werthauer, wies darauf hin, daß man es mit einem alten Mann zu thun habe, der anfange kindisch zu werden, er bat, ihn mit einer Geldstrafe davon kommen zu lassen. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe.

In Schlächterkreisen erregte die Flucht des Großschlächtermeisters Paul Griebe, der eine Schuldenlast von etwa 20 000 M. zurückließ, im Oktober v. J. Aufsehen. Griebe sandte von New York aus an den Rechtsanwalt Grünschild 7000 M. ein mit der Aufgabe, damit eine Vereinbarung mit seinen Gläubigern herbeizuführen, er selbst kehrte auch bald nach Berlin zurück, wurde aber wegen Verdachts des betrügerischen Bankerotts in Haft genommen. Die Anklage wurde später auf wiederholten Betrug beschränkt, der darin gefunden wurde, daß Griebe noch wenige Tage vor seinem Verschwinden Vieheinkäufe auf Kredit gemacht und den Erlös aus dem Vieh mitgenommen hatte. Gestern sollte in dieser Sache vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden. Im Laufe des Prozesses kamen Thatsachen zur Sprache, aus denen der Staatsanwalt den Schluß zog, daß der Angeklagte sich dennoch des betrügerischen Bankrotts schuldig gemacht habe, er beantragte deshalb die Ueberweisung der Sache an das Schwurgericht. Der Gerichtshof erkannte in diesem Sinne, beschloß aber auf den Antrag des Verteidigers Rechtsanwalts Grünschild den Angeklagten gegen eine Kaution von 6000 M. aus der Untersuchungshaft zu entlassen.

Außergewöhnliches Aufsehen erregt die Verurteilung des Rechtsanwalts und Notars Dr. jur. Lothar Henning in Greiz wegen Urkundenfälschung in 52 Fällen zu sieben Monaten Gefängnis. Die Anklage legte ihm zur Last, in den Jahren 1896 bis 1898 in zusammen 52 Fällen dadurch Urkundenfälschung begangen zu haben, daß er bei Wechselprotesterhebungen auf der betreffenden Urkunde fälschlich angegeben oder durch einen seiner Expedienten habe angeben lassen, er sei persönlich bei den betreffenden Geschäftsleuten gewesen, während er vielmehr teils überhaupt niemand, teils einen seiner Expedienten hierzu abgesandt, teils aber auch die Angelegenheit mittels des Fernsprechers erledigt habe. In allen diesen Fällen sei gegen den Wortlaut der betreffenden Urkunde verstoßen, welcher mit den Worten beginnt: „Der unterzeichnete Notar war heute bei der Firma" usw. Die umfangreiche Beweisaufnahme verlief für den Angeklagten recht ungünstig; 45 Fälle wurden als unzweifelhaft erwiesen, da der Angeklagte in einer Reihe von Fällen über Oertlichkeiten, in welchen er auf den gedachten Ausgängen gewesen sein wollte, entweder falsche Auskunft gab oder Auskunft überhaupt nicht geben konnte.

Versammlungen.

In der Versammlung der Lederarbeiter (Lohgerber, Weißgerber, Färber 2c.), die am Dienstag in der Badstraße stattfand und sehr stark besucht war, erstattete Trapp einen längeren, sehr ausführlichen Bericht als Delegierter bei der Berliner Gewerkschaftskommission. Seinem Antrage, entsprechend der Mitgliederzahl zwei Delegierte zu wählen, stimmte die Versammlung zu. Hierauf wurden Trapp und Haferland als Delegierte, Helmlich als Stellvertreter gewählt. Als Revisoren wurden Trapp, Haferland, Braun und Runge ernannt. Als Vertrauensmann wurde Knoblich auf ½ Jahr gewählt. Den ausständigen Tabakarbeitern in Nordhausen sowie den Glasarbeitern in Nienburg wurden je 100 M. Unterstützung bewilligt.

Die Direktion des Central-Theaters sendet uns zu dem in der Mittwochnummer des „Vorwärts" enthaltenen Versammlungsbericht des Verbands des technischen Bühnenpersonals, in welchem von einem Ausstand der Theaterarbeiter des Central-Theaters die Rede ist, eine Zuschrift, in der gesagt wird, daß die Arbeiter des betreffenden Theaters 1 M. pro Abend erhielten, und nicht, wie in der Versammlung behauptet, 75 Pf. Die Arbeitsniederlegung sei erfolgt, weil einer der Arbeiter, der sich weigerte, eine Säufte herauszutragen zu helfen, entlassen wurde. An Stelle der Ausständigen seien Arbeiter eingestellt worden, die nicht wie bisher pro Abend, sondern für den Monat engagiert wurden. Der Theatermeister sei entlassen worden aus Gründen, die mit dem Ausstand nicht zusammenhängen.

Adlershof. Am 20. d. Mts. tagte bei Schmauser eine Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins. Genosse Dr. Rudolf Steiner hielt einen Vortrag über die wichtigsten naturwissenschaftlichen Fortschritte des 19. Jahrhunderts. Hierauf erstattete Lüderitz den Bericht von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Feier des zehnjährigen Bestehens des Wahlvereins am 27. Juli abgehalten wird.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Heute 8½ Uhr präcise bei Landau, An der Stadtbahn 5, Versammlung. Tagesordnung: „Das Wirtschaftssystem des Menschen." Verschiedenes.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend 9 Uhr, Dresdenerstr. 45, Versammlung. Verteilung der Aufträge für Juli. Zwecks Inventuraufnahme sind die Verbandstaschen mitzubringen.

Eine Versammlung von Krankenkassen-Vorständen und Verwaltungsbeamten findet am Donnerstag, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, statt. Tagesordnung: 1. Der gegenwärtige Stand der Apothekerfrage. Ref.: Herr Dr. C. Freudenberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Eingegangene Druckschriften.

Vom „Süddeutschen Postillon" erschien soeben Nr. 13. Preis der Nummer 10 Pfg.

Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Herausgegeben von Dr. R. P. Sieberg und Dr. Anton Dyroff. München. H. Schweitzers Verlag (Arthur Sellier). Das soeben erschienene 6. Heft des 34. Jahrgangs enthält: Der Mangel an allgemeinen Vorschriften über die Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern und die Streitfrage über den Einfluß des Konkurses auf die Eigenschaft als Abgeordneter. Von Dr. jur. L. Bauke in Berlin. — Studien über die Diskontpolitik der Centralnotenbanken unter Berücksichtigung der Bank von England, Bank von Frankreich und der Reichsbank. Von Dr. Franz Richter in Straßburg. — Das Koalitionsrecht der Arbeiter. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Socialpolitik. Von O. Goldschmidt, Regierungs-Assessor in Posen. — Gold ersparende Zahlungsmethoden in dem heutigen Bankverkehr Deutschlands. Von Dr. R. Dunker in Frankfurt a. M. — Mitzellen.

Der Weg des Geistes in den Gewerben. Grundlinien zu einer andien Lehre von den Gewerben, insbesondere vom Handel. Von R. Th. Reinhold. Erster Band: Arbeit und Werkzeug. Verlag von T. L. Hirschfeld, Leipzig. Preis 5,60 M.

Vermischtes.

Feuersbrunst in Jekaterinoslaw. Aus der genannten russischen Stadt wird berichtet: Dienstagmittag brach in einem hiesigen Holzlager Feuer aus, welches bei heftigem Winde schnell um sich griff und die Eisenbahnstation sowie die umliegenden Häuser bedrohte. Es sind bereits viele Holzlager, sieben Sägemühlen, zwei andre Mühlen und viele Wohnhäuser vernichtet. Das Feuer dauert noch fort.

Unglücksfall in der englischen Armee. Dienstag fand auf der Redoute Frishwater auf der Insel Wight bei Schießübungen mit einem Schnellfeuergeschütz eine Explosion statt, durch welche ein Artillerielehrhauptmann und ein Artillerist getötet, sieben Artilleristen verwundet wurden.

Ein Eisenbahnunglück hat sich auf der Wabash-Eisenbahn fünfzehn Meilen westlich von Peru bei Indianapolis, ereignet. Eine Bockbrücke wurde vom Hochwasser weggeschwemmt und ein Passagierzug, welcher mit großer Geschwindigkeit dahinfuhr, stürzte infolge hiervon in die Tiefe. Die Lokomotive und fünf Wagen wurden zertrümmert. Wie man hört, sind 15 Personen umgekommen.

Aus dem dunkelsten Rußland. Petersburger Blättern wird aus Wjatka geschrieben: Ein Menschenopfer hat, wie vermutet wird, unter den Wotjaken im Kreise Malmyst stattgefunden. Gelegentlich der heidnischen Feste, die die Wotjaken im Mai im Dorfe Sjuchowaja-Kukssa feierten, wurden große Scheiterhaufen errichtet und angezündet. Am Tage nach der Hauptfeier fand man in der Nähe des Scheiterhaufenplatzes den halbverkohlten Leichnam eines Wotjaken. Da der Kopf auffälligerweise unversehrt war, gelang es, festzustellen, daß der Verbrannte ein Bauer aus einem benachbarten Dorfe war, der sich an den Festen in stark betrunkenem Zustande beteiligt hatte. Die Leichenschau hat ergeben, daß der Bauer lebendig verbrannt worden ist.

Marktpreise von Berlin am 25. Juni 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,—	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Lende	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
Roggen, gut	„	—,—	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,60	1,10
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,10
*Gerste, gut	„	16,—	14,90	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,80	13,70	Eier	60 Stück	3,60	2,20
„ gering	„	13,60	12,50	Karpfen	1 kg	—	—
*Hafer, gut	„	16,20	15,40	Aale	„	2,50	1,20
„ mittel	„	15,30	14,50	Zander	„	2,80	1,20
„ gering	„	14,40	13,70	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	7,16	6,82	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,60	5,20	Schleie	„	2,50	1,—
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,60
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	18,—	3,—
Linsen	„	65,—	30,—				

* Frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 26. Juni. Die matte Haltung des gestrigen Getreidemarkts, welche die Insolvenz der Leipziger Bank infolge der vielverzweigten Beziehungen zwischen hiesigen und sächsischen Händlern veranlaßte, übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr und wurde sogar verschärft durch billiges Angebot von Kansasweizen. Die Weizenpreise setzten über 1 M. niedriger ein, befestigten sich jedoch bald auf höheres Oesterreich-Ungarn und überstiegen schließlich, als stärkere Kauflust zu Tage trat und Abgaben sich zurückhielten, ihr gestriges Niveau um ¼ bis ½ M., so daß im Laufe des Verkehrs eine Preisbesserung um 1½ M. zu konstatieren war. Roggen setzte unverändert ein und gewann später bei sehr kleinem Angebot und einiger Nachfrage ½ M. im Preise. Mehl war gut behauptet, Hafer in feinen Sorten begehrt, sonst unverändert. Mais wie gestern. Rüböl etwas schwächer.

Spiritus wurde nicht gehandelt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 26. Juni 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 491 Rinder, 2293 Kälber, 2139 Schafe, 9675 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 00—00. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 46—49; e) gering genährte Kühe und Färsen 41—44. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 64—70, b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 56—60, c) geringe Saugkälber 52—55, d) ältere, gering genährte (Fresser) 00—00. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 62—65, b) ältere Masthammel 57—61, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 53—55, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer, 55; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 00—00; c) fleischige 53—54; d) gering entwickelte 50—52; e) Sauen 49—51. Für 100 Pfund mit 20 Pct. Tara.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben 225 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich langsam, es wird kaum ausverkauft. Bei den Schafen fanden ungefähr 750 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

M. G. 42. Wozu denn die ganze Umständerei? Ohne das ist es besser.

A. B. 17. Dunkerstraße. Der Ruderklub „Vorwärts" hat in Stralau ein eignes Klubhaus. Daselbst treffen Sie jeden Sonntag und auch wohl abends in der Woche Mitglieder, welche Ihnen die gewünschte Auskunft gern erteilen.

Liebig. Ueber die Unfallzuschußhöhe bei Krankenkassen mit fixiertem Krankengeld hat das Reichs-Versicherungsamt in einem Bescheid vom 4. April 1898 folgende Grundsätze entwickelt: „Da das fixierte Krankengeld an die Stelle des bei andren Krankenkassen nach dem Arbeitslohn bemessenen Krankengeldes tritt und das letztere nach § 6, 20, 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes der Hälfte des täglichen Arbeitslohns gleichkommt, aber nach § 5 Abs. 9 des Unfallversicherungs-Gesetzes unter den dort bezeichneten Voraussetzungen ⅔ des Arbeitslohns betragen soll, also von ½ auf ⅔ des Arbeitslohns zu erhöhen ist, so würde daraus, wenn man das Krankengeld als einen bestimmten Verhältnissatz des Arbeitsverdienstes ins Auge faßt, für die Krankenkassen mit fixiertem Krankengelde zu folgern sein, daß im Falle der § 5 Abs. 9 des Unfallversicherungs-Gesetzes ⅔ von dem verdoppelten Betrage dieses fixierten Krankengeldes zu gewähren sind oder mit andern Worten, daß das fixierte Krankengeld um ⅓ seines Betrages für Rechnung des Unternehmers zu erhöhen ist. Dieser Zuschuß kann, weil zunächst § 20 Abs. 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes der dem Krankenkassen zu Grunde liegende Arbeitslohn den Betrag von 4 Mark nicht übersteigen darf, $\frac{4}{2 \times 3} = 0{,}66$ M. für den Tag nicht übersteigen." Bei 1,50 M. fixiertem Krankengeld beträgt demnach der Zuschuß 50 Pf. — **A. B. 25.** Wie die Sache liegt, läßt sich genau nur an der Hand des Aktenmaterials sagen. So wie Ihre Frau es annimmt, liegt die Sache schwerlich. Hatte Ihre Frau einen Anwalt, so ist der praktischste Weg, sich bei diesem und dem Vormund des Kindes zu erkundigen. Was die Rechtslage anlangt, so liegt diese so: 1. Der Vater hatte das Recht, die Erziehung des Kindes vom vierten Lebensjahre ab zu übernehmen und falls die Herausgabe des Kindes abgelehnt wurde, fernerhin nicht zu zahlen. Wenn jedoch auf Betreiben des Vormunds oder der Mutter das Vormundschaftsgericht beschlossen hatte, dem Vater solle das Kind im Interesse des Kindes nicht herausgegeben werden, die Zahlungspflicht solle aber fortdauern, so waren und sind noch Alimente über das vierte Jahr hinaus zu verlangen. 2. Pfändungsmaßnahme ist zulässig. Diese ist unter Ueberreichung des Erkenntnisses beim Amtsgericht des Bezirks zu beantragen, in dem der Vater wohnt. — **E. K. 100.** Da der schriftliche Vertrag Sie berechtigt, bis zum 1. April 1903 dort zu wohnen, so ist das Verlangen des Wirts unberechtigt. Sie brauchen nicht vor dem 1. April 1903 zu ziehen. Ob Sie darauf eingehen, gegen Zahlung eines Abstandsgeldes zu ziehen, hängt lediglich von Ihnen ab. — **A. O.** Nein. — **Adam.** Das Gesuch ist an die Ober-Staatsanwaltschaft beim Kammergericht, Lindenstr. 14, zu richten. Es ist möglich, aber unwahrscheinlich, daß eine Genehmigung erfolgt. 1,50 M. für den Arbeitstag werden voraussichtlich als Ersatz der entzogenen Arbeitskraft verlangt werden. — **H. B. 83.** Ja. — **D.** Nein. — **E. K. 30a.** 1. Der Meister trägt nach Ihrer Darstellung keinerlei Schuld, er hat, abgesehen von dem, wozu er sich freiwillig verpflichtet hat, nichts zu zahlen. 2. Nein. — **Nixdorf 27.** 1. Wenn die Räume als Restaurationsräume vermietet sind und im Mietsvertrage die Last solcher Einrichtungen nicht Ihnen auferlegt ist, so hat der Wirt die Kosten zu zahlen. 2. Es kommt darauf an, welche Art Vertrag Sie meinen (Kauf-, Schenkungs-, Miets-, Arbeitsvertrag?). — **M. K. 82.** 1. Falls Ihre Eltern nicht mehr leben und nicht etwa nur Ihr Mann adoptiert hatte: ja. 2. Ja. 3. Keine. Sie können auch ein eigenhändig unter Angabe des Orts und Datums ge- und unterschriebenes Testament errichten, etwa folgenden Inhalts: „Berlin, den 1. Juli 1901. Hierdurch setze ich zu meinem alleinigen Erben ein N. N. (Darunter Ihr Name.)" Dies Testament brauchen Sie nicht zur gerichtlichen Verwahrung zu geben. Notwendig ist unter den aus 1 ersichtlichen Voraussetzungen ein Testament nicht.

Briefkasten der Expedition.

M. P. Zittau. Die gewünschten Pfeifenköpfe erhalten Sie bei B. Günzel, Berlin N., Lothringerstr. 52.

Witterungsübersicht vom 26. Juni 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	767	WSW	4	bedeckt	13	Haparanda	760	SW	2	wolkig	22
Hamburg	769	W	4	bedeckt	12	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	769	WNW	4	bedeckt	14	Cork	774	NNW	2	wolkig	15
Frankf./M.	772	ONO	1	heiter	13	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	772	SO	1	heiter	14	Paris	773	NO	2	wolkenl.	15
Wien	770	NNW	2	heiter	17						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 27. Juni 1901.

Kühl und vielfach wolkig mit etwas Regen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Albert Jhn

Hochstraße 29a

am 24. d. M. plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Pauls-Kirchhofs (Pflugensee) aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

247/15 **Der Vorstand.**

Bauanschläger

Berlins und Umgegend.

Am 23. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

O. Panzer.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofs aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

33/19 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen, besonders dem Chef sowie den Kollegen der Tischlerei Friedrich, Fruchtstr. 30, meinen herzlichsten Dank. 20775

Hermine Förster.

Central-Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin II.

Am 25. d. M. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Bauarbeiter

Heinrich Hauf

im 38. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28., nachmittags 4¼ Uhr, vom Städtischen Krankenhause Moabit aus nach dem Heiland-Friedhof statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Kupferschmiede.

Sonnabend, den 29. Juni, abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 7) Engel-Ufer 15:

Allgemeine Kupferschmiede-Versammlg.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Karl Liebknecht.
2. Der Hamburger Streik.
3. Verschiedenes.

20745 **Der Vorstand.**

Hiermit nehme ich meine Beleidigungen gegen Herrn und Frau Wagner, Bremerstr. 72, zurück und erkläre dieselben für ehrenhafte Leute. 2066b*

Frau Kowalski, Beusselstr. 56.

Protest-Versammlung

der Mitglieder des „Vereins socialdemokratischer Gast- und Schankwirte", welche den Ausschluß des Kollegen Lorenz mißbilligen

Freitag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei dem Kollegen Fritz Wilke, Badstraße 56, im vorderen Saal.

Die Tages-Ordnung lautet:

„Ist der Ausschluß des Kollegen Lorenz mit unserm Statut und den socialdemokratischen Principien vereinbar, und welche Schritte sind zu thun, um in Zukunft derartiges zu verhüten?" 287/15

Die Vertrauensleute der Partei, sowie der Vorstand obigen Vereins sind eingeladen.

Oeffentl. Versammlung

der

Berliner Einkaufs-Genossenschaft

Freitag, den 28. Juni,

abends 8½ Uhr,

im **„Englischen Garten"**,

Alexanderstraße 27c.

T.-O.: Wie beschaffen wir uns Fahrräder, Nähmaschinen, Möbel usw. auf genossenschaftlichem Wege?

Referent: **Hans Loos.**

†95] **Der Einberufer.**

Elektra.

Neuer Abendkursus

für Elektrotechnik und Montage.

1. Juli. Keine Vorkenntnisse.

Anmeldungen schleunigst

Neander-Strasse 4.

Prospekt gratis.

Möbelstoffe!

auch Reste alle Qualit. selten billig! Gelegenheitskauf:

Mocquett-Plüsche 5,35 M.

per Meter (130 Centimeter breit).

Muster bei näher. Angabe franco.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mark.

Bruno Steffens, Neanderst. 21

Ist auch die Hitze noch so groß, Ein Wurm thut wohl und wirkt famos.

Verlangen Sie gefl. ausdrücklich **Wurms Magendoktor!**

Alle Wanzen

sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzentod. Fl. 0,50 u. 1 M. Schwaben, Russen, Flöhe 2c. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schtl. 30 Pf., 60 Pf., 1 M.

1000 Mark Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein echt bei 18499*

Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstr. 18, Ecke Veteranenstr.

Hausfrauen, leset dies

und Ihr werdet **viel sparen!**

Nicht viel über 68/8*

4 Pfg. kostet **1 Liter Bier**

hergestellt aus Apotheker Ernst Kochs **Bier-Extrakt.**

Leicht bekömmlich, wohlschmeckend, nahrhaft, erfrischend. Einfache Herstellung. Zahlr. Anerkennungen. Probesendung 3,— M. franco geg. Nachn. Gebrauchsanw. liegt bei. **Ernst Koch, Nordhausen. 6.**

Sonnabend, den 29. Juni: **Gr. Brauer-Mondscheinfahrt mit Musik nach Karolinenhof.**

Hin- und Rückfahrt incl. Tanz **50 Pf.**

Abfahrt abends 9 Uhr von der Stralauer Brücke 5.

Billets im Vorverkauf u. am Dampfer.

Es ladet ergebenst ein 2075b

H. Gärtner, Mollenstr. 12.

Sommerpreise.

Prima Senftenberger Briquets

16 Ctr. 6 Zoll lg., ca. 135 St. 7 „ „ 115 „ nur **85 Pf.**

Oberschlesische Steinkohlen Nuß II Ctr. 1,10, Scheffel nur 90 Pf. verkauft ab Platz **Fischer,** Brombergerstr. 14.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 27. Juni.

Opernhaus. Martha. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 8 Uhr. Im Trianon-Theater: „Lebende Lieder". Anfang 8 Uhr.
Schiller. (Morwitz-Oper.) Die Opernprobe. Hierauf: Die Regimentstochter. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Flachsmann als Erzieher. Anfang 8 Uhr.
Lessing. Die Kindsfrau. Anfang 8 Uhr.
Berliner. Ueber unsere Kraft. (I. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Das blaue Kabinett. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Gastspiel des Meßthaler-Ensembles. Die goldne Brücke. Anfang 8 Uhr.
Westen. Lumpacivagabundus. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Auf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiß. Figaros Hochzeit. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Specialitäten im Garten.
Belle-Alliance. Die Schwäbin. Hierauf: Das Versprechen hinterm Herd. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: Prof. Raoul Pictet: Die Herstellung des Sauerstoffs für industrielle Zwecke unter Anwendung von flüssiger Luft.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr. Sternwarte.

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.
Zum 677. Male: In erster Besetzung:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen u. folgende Tage: Die Geisha.

Carl Weiss-Theater

Sommer-Oper.
Große Frankfurterstr. 132.
Die Hochzeit des Figaro.
Oper in 4 Akten von Mozart.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Konzert, Theater und Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Donnerstagabend 7½ Uhr:
Die Opernprobe.
Komische Oper in 1 Akt von Albert Lortzing. Hierauf:
Marie, die Regimentstochter.
Kom. Oper in 2 Akten von Donizetti.
Freitagabend 7½ Uhr:
Die Hugenotten.
Sonnabendabend 7½ Uhr: bei halben Preisen:
Der Freischütz.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Populäre Vorst. bei halben Preisen:
Martha, oder: **Der Markt zu Richmond.**
Sonntagabend 7½ Uhr:
Don Juan,
oder: **Der steinerne Gast.**

Apollo-Theater

Gr. Specialitäten-Programm.
Frau Luna
Luftballet Grigolatis.
Garten-Konzert 7 Uhr.
Sonnabend, 29. d. M.:
Fest-Vorstellung.
Zum 300. Male:
Frau Luna.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
„Amor" der macht es.
Operetten-Burleske von W. Gericke. Musik von M. Schmidt.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Nur Kräfte ersten Ranges.
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Ausstattungsoperette.
Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Professor **Raoul Pictet:** Die Herstellung des Sauerstoffs für industrielle Zwecke unter Anwendung von flüssiger Luft.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum.

Neu! Neu! Neu!
Der Champion aller Billardkünstler
Prof. Léon Goffard
aus Bruxelles
tritt täglich auf um ½12 Uhr vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.
Lebende Photographien, die eiserne Jungfrau usw.

Zoologischer Garten

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Letzter Tag
der Beduinen!
Besichtigung des Bazars, Lagers usw. 3—8 Uhr. Schaustellungen 4, ½6, 7 Uhr.
Entree von der Strasse **50 Pf.,** Kinder **25** Pf., Gartenbesucher zahlen **25** Pf., Kinder **15** Pf. Kinder mit Schülerbillets **10** Pf., Erwachsene in Begleitung derselben **25** Pf.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

Honig! Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. [17068*

Metropol-Theater.

Donnerstag, den 27. Juni
Ringkämpfe
unter dem Protektorat des Herrn Prof. Reinhold Begas.
Pohl (Abs II) . . **Gambier.**
Hackenschmidt **Lassartesse.**
Petroff . . . . . **Sauerer.**
Cotch-Mehemet . Petersen.
Das brillante Juni-Specialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Sanssouci

Im **Garten:**
Täglich:
— Hoffmanns —
Nordd. Sänger
und **Konzert.**
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbillets gültig, Tanz frei.

Reichshallen

Heute Donnerstag, 27. Juni:
Viertletzte Soiree der Stettiner Sänger
vor ihrer Abreise nach Wiesbaden.
Anfang 8 Uhr.

Montag, 1. Juli:
Erstes Gastspiel
des
altberühmten
Neumann-Bliemchen
mit seiner Gesellschaft.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Aus dem Volke.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Auftreten der Excentric-Chansonnette **Hedwig Döring,** des Grotesque-Komikers **Paul Coradini,** der **Gebrüder Damm,** Akrobaten. **The Garays,** Radfahrer. **Mr. Bartlings** lebende Photographien. **Konzert und Ball.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 2½ Uhr, im Schiller-Theater:
Opern-Vorstellung (Morwitz-Oper).
Martha, oder: **Der Markt zu Richmond.**
Karten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1 M. (inkl. Garderobe) sind in nachstehenden Zahlstellen sowie beim Kassierer zu haben:
E. Knapp, Grünthalerstr. 5. E. Schmidt, Treskowstr. 22. Ad. Löhr, Ackerstr. 38, II. Becker, Gotzkowskystr. 9. J. Pech, Möckernstr. 120. H. Bobsien, Kommandantenstr. 62. Th. Stampehl, Mariannenstr. 26. H. Köhn, Naunynstr. 83. H. Kaufhold, Wrangelstr. 52. P. Gees, Rüdersdorferstr. 18.
150/10* J. A.: **H. Neft,** Kassierer, Georgenkirchstr. 47, I.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13—15. — Artistische Leitung: Paul Mildtz.
Täglich: [16492*
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand ꝛc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Dresdener Kasino

96 Dresdenerstrasse 96
empfiehlt seine 2—800 Personen fassenden **Festsäle** zu Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen zu coulanten Bedingungen.
15412* **Martin Herzberg,** Gastwirt.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

11619*] **D. Wurzel & Co.**
jetzt: Köpnickerstrasse 160, Ecke Manteuffelstrasse.

Magdeburger Kautabak

empfiehlt die Tabakfabrik und Handlung von
H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer No. 3,
am Engelbecken. Gegründet 1863. [20819*

Einladung.

Wir laden jeden Radfahrer zur Besichtigung unserer **Unikum-Lenkstange** ein; dieselbe macht **Glocke und Laterne überflüssig** und ist in jeder alten Lenkstange einzubauen. †95
Berliner Einkaufsgenossenschaft, Marsilusstr. 19.

Gossmann'Konzertgarten

Kreuzbergstr. 48, an der Katzbachstraße.

Jeden Sonntag **gr. Frei-Konzert und Ball.** Montag und Donnerstag Hamburger Sänger (Steidl, Bohmer, Willi Wolff usw.) Jeden Freitag Norddeutsche Sänger. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Nachher Kränzchen.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Im schattig. Sommergarten:
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte. Die Boeren-Kapelle.**
Neapol. Tarantella-Kapelle „Sacco!" Wiener Damen-Kapelle Raymond.
Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Specialitäten.
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner". Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Kanarienhähne, Vorsänger, Knorr-, Hohl- und Klingelroller. Köpnickerstraße 154a, IV. 15276

Wer lachen will

der kaufe die bisher erschienenen Bände der humoristisch-satirischen Bibliothek

Die Berliner Range

Für Reisezeit und Sommerfrische!
von **Ernst Georgy.**
Preis pro Band
broch. . . . Mk. 1.—
gebd. . . . . Mk. 1.50
Zu haben in allen Buchhandlungen oder bei
Rich. Bong, Kunstverlag, Berlin W.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Waschanzüge, Waschkleidchen, sowie Stoffsachen sehr billig. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 565R*

Spottbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren verkauft Leihhaus, Neanderstraße 6. 69/10*

Nußbaummöbel, vollständige Einrichtung, spottbillig, auch einzeln, Gartenstraße 148, I links. †135*

Kinderwagen, Sportwagen, Mietenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647R*

Kinderwagen, spottbillig, Andreasstraße 23. 553R*

Radfahrer. Wer sich ein billiges Fahrrad sowie Herren-, Damen- und Kindersandalen kaufen will, wende sich an die Berliner Einkaufsgenossenschaft, Berlin, Marsilusstraße 19. †95*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Halbrenner, neu, komplett, 80. Friseurgeschäft, Dresdenerstraße 70.

Ringschiffchen, gebraucht, Neue Jakobstraße 11, Restaurant. [†65*

Neue Zeit, alte Jahrgänge, verkauft Hering, Greifenhagenerstraße 77.

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II

Junge Staare lernen sprechen, pfeifen, 1 Mark, Papageien, fingerzahm, sprechend, 25 Mark. Richter, Oranienstraße 87. 2033b*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 97/10*

Kindernährmittel, stets frisch, offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Drogerie, Paul Lemcke, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 16465

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Restauration, gutgehend, möchte ich andrer Stellung wegen sofort billig verkaufen. Ackerstraße 93.

Grünkramgeschäft verkauft billig wegen Uebernahme eines Grundstücks. Gitschinerstraße 78. 2079b

Gutgehendes Restaurant mit Garten, sieben Vereine tagen. Miete 2500, wegen Uebernahme einer Schlächterei sofort billig zu verkaufen Brückenstraße 2. 2076b

Gebrauchtes Küchenspind, Nähmaschine billig zu verkaufen Friedenstraße 40 bei Treff, Papierhandlung.

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82.

Große Rundschiffmaschine 40 Mark, verkauft Hannemann, Greifenhagenerstraße 13. [†51*

Achtung. Radfahrer! Wir statten jetzt unsre sämtlichen Fahrräder mit Unikumlenkstangen aus. Unikum bauen wir in jeder alten Lenkstange ein. Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Marsilusstraße 19. [†95

Schankgeschäft. Altershalber muß mein nachweislich reelles, gangbares Geschäft zum Inventarpreis verkaufen. Miete 1200. Erforderlich 600 Mark. Comptoir Holzmarktstraße 40. [†95

Vorkostgeschäft. Grünkram, Rolle verkäuflich Rüdersdorferstraße 47. *

Singermaschine (wie neu) 22,—, reelle Garantie. Koch, Moabit, Bremerstraße 57. [†75

Vermischte Anzeigen.

Französisch (billig) Brettestraße 5.

Englisch (billig) Brettestraße 5. *

Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtssachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billigst Franz Wildhagen, Christburgerstr. 32, Quergebäude III.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 19395

Rechtsbureau. Rechtshilfe, Rateerteilung Andreasstraße Dreiundsechzig [2043b

Uhren repariert Flade, Putbuserstraße 45. †138*

Kunststopferei von Frau Kokosky Steinmetzstraße 48.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. (Namen beachten.)

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 23875

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Hannemann, Kochstraße 56 I, Amt 4a 6944. 7182*

Vereinszimmer, Zahlstelle passend, Fernsprecher III 1785. J. B. Wilhelm Gaßmann, Badstraße 14.

2 Vereinszimmer, auch für Gesangvereine, Arbeitsnachweis, Kegelbahn, empfiehlt Pinzer, Schützenstr. 18/19.

Vereinszimmer, 20 und 50 Personen fassend, mehrere Tage in der Woche frei. Schulz, Pflugstraße 6. *

Ehrenerklärung. Herr Seidel ist ein Ehrenmann. Die kränkenden Worte, welche ich am 17. Juni gegen ihn gebraucht habe, tuhn mir aufrichtig leid. Pöch. [†2

Für meine geschützten Patente, Massenartikel Schlosserbranche, suche Teilhaber mit 1000 Mark zur Anfertigung von Mustern, zur Engrosfabrikation muß Gesellschaft gegründet werden. Offerten Stolzenburg, Wiesenstraße 41/42. [†65

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. 1811b

Vermietungen.

Fabrikräume, Doppellicht, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. F. Simon, Michaelbrücke 1. 709R*

Zimmer.

Billiges möbliertes Vorderzimmer, 1 oder 2, Ritterstraße 107, III.

Möbliertes Zimmer für 2 oder 1 Herren, Parkaussicht, Strafauerplatz 14, II, Wittwer. 20735

Schlafstellen.

Anständiger Herr findet gute Schlafstelle bei Frau Hing, Gräfestraße 35.

Möblierte Schlafstelle mit Badebenutzung zu vermieten Pappel-Allee 24, Friebel, vorn IV. 2052b*

Möblierte Schlafstelle Charlottenburg, Pestalozzistraße 22, Dittmer.

Schlafstelle für zwei Herren, große Stube, Hollmannstraße 6, Quergebäude 2 Treppen, Meyer. 2070b

Möblierte Schlafstelle für einen oder zwei Herren Tilsiterstraße 83, Zach. 2078b

Möblierte Schlafstelle Mathieustraße 18, vorn III. links. [2083b

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn Sebastianstraße 64, vorn drei Treppen rechts. [69/14

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Kinder-Versicherung. Sterbekasse. Tüchtige, energische Inspektoren, auch Damen, gegen sofortige tägliche Bezüge gesucht. Offerten unter R. 7 Expedition des „Vorwärts". [2082b

Kinderhütchen erlernt junges Mädchen unentgeltlich. Franz, Falckensteinstraße 39, vorn IV. [†2

10 tüchtige Zwickerinnen auf Pilischpantoffeln. G. Remané, Rheinsbergerstraße 24.

Mamsells auf Jacketts und Paletots verlangt Schulze, Görlitzerstraße 41. 2020b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung,
Brauerei-Arbeiter!
Die **Berliner Bockbrauerei** ist auf Grund der Maßregelung von 28 Flaschenkeller-Arbeitern für organisierte Arbeiter gesperrt. [41/11
Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.